



Inhalt

Dagmar Vinz

Nachhaltigkeit und Gender – Umweltpolitik aus der Perspektive der Geschlechterforschung

1. Vorwort	2
2. Nachhaltige Entwicklung als internationales Leitbild	2
2.1 Nachhaltigkeit durch ökologische Modernisierung	3
2.2 Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral	4
2.3 Sustainable Livelihood als Gegenkonzept	5
2.4 Der „Planet der Frauen“	5
2.5 Gender in der Agenda 21	5
2.6 Rio + 10: Der Johannesburg-Gipfel 2002	6
3. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur - Ökofeminismus	6
3.1 Kultureller Ökofeminismus	7
3.2 Sozialer Ökofeminismus	7
4. Gender auf Deutschlands Agenda?	8
4.1 „Zukunftsfähiges Deutschland“	9
4.2 Effizienz und Suffizienz	9
4.3 Suffizienz für die Haushalte?	9
4.4 Feminisierung der Umweltverantwortung?	10
4.5 Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie	10
4.6 Das Gender-Gap der Nachhaltigkeitsstrategie	11
5. Gender in konkreten Handlungs- und Bedürfnisfeldern der Nachhaltigkeit	12
5.1 Mobilität	12
5.2 Abfallpolitik und Mülltrennung	14
5.3 Die textile Kette	14
5.4 Ernährung	15
5.5 Für ein technologisches Empowerment	16
6. Gender Mainstreaming in der Umweltpolitik	17
6.1 „Learning from the South“	18
6.2 Gender Greenstreaming	18
6.3 Gender Impact Assessment (GIA)	19
6.4 Beispiel: Novellierung der Strahlenschutzverordnung	19
7. Endnoten	20
8. Fragen zum Text	23
9. Links zum Text	23
10. Literatur	23
11. Über die Autorin	27



Dagmar Vinz

Nachhaltigkeit und Gender – Umweltpolitik aus der Perspektive der Geschlechterforschung

1. Vorwort

Für ihren Einsatz für nachhaltige Entwicklung, Frieden und Demokratie wurde die kenianische Umweltaktivistin Wangari Maathai mit dem Friedensnobelpreis 2004 ausgezeichnet. Sie gründete 1977 die Grüngürtelbewegung „Green Belt Movement“, die mit dem Pflanzen von Bäumen in Kenia nicht nur ökologische Ziele verfolgt, sondern auch die ökonomische und soziale Situation von armen Frauen auf dem Land verbessern will. Der Grüngürtelbewegung geht es nicht nur darum, Wüstenbildung und Landflucht zu verringern, sondern auch darum, durch die nachhaltige Produktion von Bau- und Brennholz Einkommensmöglichkeiten zu schaffen und die gesellschaftliche Gestaltungsmacht von Frauen durch ihr „Empowerment“ zu vergrößern. Der Erfolg ist nicht zu übersehen: Im Laufe der Jahre hat sich die Grüngürtelbewegung zu einer panafrikanischen Bewegung entwickelt, die mittlerweile in 13 Ländern arbeitet, und mehrere zehntausend arme Frauen mobilisierte, 30 Millionen Bäume zu pflanzen und 600 Baumschulen zu gründen. Außerdem engagiert sie sich für Ausbildung, Familienplanung, Ernährung und für den Kampf gegen Korruption. Damit wird nicht nur bestehende Umwelt bewahrt, sondern auch die Basis für eine nachhaltige ökologische Entwicklung gestärkt, und es werden die Voraussetzungen für eine Entwicklung von unten geschaffen. Zur Begründung der Auszeichnung von Wangari Maathai heißt es von Seiten des Nobelkomitees:

„Frieden auf der Welt ist von unserer Fähigkeit abhängig, unsere Umwelt zu schützen. Maathai kämpft an vorderster Front, um eine ökologisch verantwortliche, soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung in Kenia und in Afrika zu fördern. Sie hat ein ganzheitliches Bild von nachhaltiger Entwicklung, das Demokratie, Menschenrechte und besonders die Rechte der Frauen einbezieht. Sie denkt global und handelt lokal“ (Reuters/APA 2004).

Ein ganzheitliches Bild von nachhaltiger Entwicklung – damit ist ein Verständnis von Nachhaltigkeit gemeint, das ökonomische, ökologische und soziale Ziele glei-

chermaßen einbezieht und zudem durch seinen partizipativen Ansatz und die Stärkung der Rechte von Frauen zur Demokratisierung von Gesellschaften beiträgt. Nachhaltige Entwicklung – „Sustainable Development“ – ist bereits seit dem 18. Jahrhundert als Prinzip aus der Forstwirtschaft bekannt und impliziert, dass nur soviel Holz geschlagen werden darf, wie im Wald nachwächst. Auf heutige Verhältnisse übertragen bedeutet dies, dass innerhalb eines gegebenen Zeitraums nicht mehr Ressourcen verbraucht werden als natürlich nachwachsen. Zum Prinzip der Nachhaltigkeit gehört also die Langfristigkeit in der Nutzung von Ressourcen. Deshalb wird „Sustainable Development“ häufig auch mit dem Begriff „dauerhafte Entwicklung“ ins Deutsche übersetzt.

2. Nachhaltige Entwicklung als internationales Leitbild

Zum Leitbild der internationalen Staatenwelt ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung spätestens seit der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 geworden. Der s.g. Erdgipfel in Rio fand 20 Jahre nach der UN-Umweltkonferenz in Stockholm statt, welche zur Gründung des „United Nations Environment Programme“ (UNEP) geführt hatte. Hauptziel der UNCED-Konferenz in Rio war das Entwerfen einer gemeinsamen „Erdcharta“ für eine soziale und umweltgerechte Entwicklung im Interesse von gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Darüber hinaus wurden internationale Vereinbarungen zum Klima- und Artenschutz sowie zum Schutz der Wälder verabschiedet, Finanzierungszusagen an Entwicklungsländer für Umweltschutz- und Entwicklungsprogramme gegeben und Abmachungen über einen ökologisch sinnvollen Technologietransfer getroffen. Im Rahmen der UNCED-Konferenz haben mehr als 170 Staaten die „Agenda 21“ unterschrieben, u.a. die Bundesrepublik Deutschland, und sich damit verpflichtet, in ihren Ländern den Prozess einer nachhaltigen Entwicklung durchzuführen. Was das genau heißt, ist allerdings umstritten, denn eine ganze Bandbreite von Konzepten und Strategien wird in der „black box“ der nachhaltigen Entwicklung bunt durcheinander gewirbelt. In der breiten Interpre-



tierbarkeit liegt das Erfolgsgeheimnis des Zauberworts Nachhaltigkeit, das die verschiedensten Akteure – von den Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer über Nichtregierungsorganisationen bis hin zu global tätigen Unternehmen – motiviert, sich für eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren.

2.1 Nachhaltigkeit durch ökologische Modernisierung

Anlässlich der UNCED-Konferenz in Rio 1992 veröffentlichte die Hoechst AG eine Werbeanzeige mit der Überschrift: „Sustainable Development – Spätestens in 20 Jahren weiß er, was das heißt“. „Er“, das ist ein nachdenklich dreinschauender Junge, dessen Foto als Blickfang der Anzeige dient. Als Erwachsener werde ihm der Begriff „Sustainable Development“ selbstverständlich sein, weil „nachhaltiges Wirtschaften“ dann als wichtigste gesellschaftliche Herausforderung anerkannt sei. Diese bestehe darin, „Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklung so in Einklang zu bringen, dass die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen befriedigt werden, ohne den folgenden Generationen die Chance für ihre eigene Lebensgestaltung zu zerstören“. Mit dieser Definition von Nachhaltigkeit wird ein Bezug zum Abschlussbericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ (1987), dem s.g. Brundtland-Report hergestellt, mit dem 1987 das Nachhaltigkeitskonzept in die internationale Debatte eingeführt wurde.¹ Das Innovative des Nachhaltigkeitsgedankens im Brundtland-Report liegt darin, dass der Schutz der Umwelt nicht mehr sektoral verstanden wird, sondern die ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen als gleichberechtigte Aspekte des Entwicklungskonzepts gelten. Außerdem wird eine Wirtschafts- und Entwicklungsweise nur dann als nachhaltig anerkannt, wenn die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche an die natürlichen Lebensgrundlagen so ausgerichtet sind, dass die Prinzipien intragenerativer Gerechtigkeit (zwischen Nord und Süd, Jung und Alt, Männern und Frauen etc.) und intergenerativer Gerechtigkeit (zwischen heutigen und zukünftigen Generationen) erfüllt werden. Nicht zuletzt sollen Analysen und Lösungsansätze partizipativ im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren durchgeführt werden. Umstritten ist das Nachhaltigkeitskonzept des Brundtland-Reports, auf das sich die Hoechst AG so positiv bezieht, wegen seines wachstumsoptimistischen Ansatzes, der darauf vertraut, in s.g. win-win-Konstellationen ökonomische,

ökologische und soziale Ziele gleichermaßen verfolgen zu können. Es muss aber gefragt werden, ob mit dem „Wieselwort“ der Nachhaltigkeit die Quadratur des Kreises versprochen wird, da sich im Kontext von Globalisierungsprozessen die ressourcenintensive Wachstumsorientierung kapitalistischer Ökonomien de facto als nicht vereinbar mit den Zielen der Einsparung von Ressourcen und sozialer Gerechtigkeit erweist (Altvater 1998).² Im Unterschied zu dem aus den 1980er-Jahren bekannten Themenfeld „Umwelt und Entwicklung“, das ein Spannungsverhältnis zwischen gleichrangigen Zielen ausdrückte, suggeriert „nachhaltige Entwicklung“ die Vereinbarkeit von Entwicklung/Wachstum und Ökologie bereits auf der begrifflichen Ebene. Im Brundtland-Report wird nicht nur die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wachstum postuliert, sondern mit Bezug auf das Phänomen der „armutsbedingten Umweltzerstörung“ in den Entwicklungsländern (z.B. durch Brandrodung zur Gewinnung von Ackerland) argumentiert, Wachstum und Entwicklung seien unabdingbare Voraussetzungen für den Schutz der Umwelt. Kritiker bemängeln, dass dem Nachhaltigkeitskonzept des Brundtland-Reports ein anthropozentrisches – primär an menschlichen Bedürfnissen und Interessen orientiertes – Naturverständnis zugrunde liege (Eblinghaus/Stickler 1996): Natur werde also weiterhin als zucht-, kontrollier- und verfügbare Ressource verstanden, die in erster Linie der Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen dienen solle – nun immerhin unter Berücksichtigung zukünftiger Generationen. Dies laufe aber eben nicht darauf hinaus, dass Ökosysteme in ihrer Vielfalt und um ihrer selbst willen bewahrt werden.³

Unterschieden wurde im weiteren Verlauf der Debatte zwischen starker und schwacher Nachhaltigkeit. Starke Nachhaltigkeit hat die möglichst vollständige Erhaltung des „Naturkapitals“ an erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Energien (wie Kohle, Erdöl oder Gas) zum Ziel: „So wie jeder Generation die Erde mit ihren natürlichen Ressourcen treuhänderisch übergeben worden ist, hat jede Generation die Verpflichtung, kommenden Generationen eine intakte Natur unabhängig davon zu hinterlassen, wie hoch die produzierten Wohlstandsleistungen sind“ (BUND/Misereor 1996: 25f.). Schwache Nachhaltigkeit geht demgegenüber davon aus, dass der Verbrauch von (nicht-erneuerbaren) natürlichen Ressourcen durch eine entsprechende Erhöhung des künstlichen Kapitals (in Form von technologischen Innovationen oder Wissen) wieder ausge-



glichen werden kann. Zentral für ein solches Konzept der systemimmanenten ökologischen Modernisierung ist der Optimismus, dass Technik und besseres Management von Naturressourcen wirtschaftliches Wachstum mit weniger Energiedurchsatz ermöglichen werden. In diese Richtung geht auch der Nachhaltigkeitsansatz der Hoechst AG, die in der oben zitierten Anzeige als ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit folgendes in Aussicht stellt: technologische Innovationen zur Verringerung des Materialverbrauchs mit Hilfe von Effizienzsteigerungen, die Substitution von umweltschädigenden Stoffen und den Einsatz von Recycling-Systemen. Effizienzsteigerung, Substitution und Recycling sind klassische Ansätze einer Strategie zur ökologischen Modernisierung durch die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Als „Achillesferse“ der ökologischen Modernisierung (Sachs 2000) erweist sich jedoch, dass Effizienzeffekte im Ressourcenverbrauch durch Wachstums- und Mengeneffekte wieder aufgezehrt werden. Die Wachstumsdynamik der Globalisierung basiert auf der Steigerung von Produktivität mittels fossiler Energieträger und auf einem erhöhten Durchsatz von Stoffen und entfaltet eine expansive Kraft, im Verhältnis zu der die Einspareffekte durch effizientere Ressourcennutzung verpuffen.

2.2 Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral

Zeitgleich zum Erscheinen der Anzeige der Hoechst AG diskutierten Frauen aus aller Welt in Rio 1992 ihre umwelt- und entwicklungspolitischen Forderungen. Sie einte das Anliegen, das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in Nachhaltigkeitsansätzen und -strategien zu verankern und die These, „das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral“ (Buchen 1994) in Rio auf die internationale Agenda zu setzen. Dabei konnten sie auf feministisch inspirierte Analysen zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur zurückgreifen (s.u.). Als Argumentationshilfe standen ihnen außerdem zahlreiche empirische Studien über geschlechtsspezifisch unterschiedliches Betroffensein durch Umweltbelastungen zur Verfügung.

Inbesondere die Situation armer Frauen in Ländern des Südens zeigt, dass ökologische Probleme aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vor allem für Frauen eine Zunahme der Arbeitsbelastung bedeuten und die Existenzsicherung erschweren

(Davidson/Danckelman 1990; Rodda 1991): Versiegen oder verschmutzten Wasserquellen, so sind es im Kontext der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung Frauen, die längere Wege in Kauf nehmen müssen. Wird Urwald gerodet, so sind Frauen betroffen, die nun mehr Zeit für das Sammeln von Brennholz investieren müssen. Ist die Qualität des verfügbaren Wassers unzureichend, so ist es gesellschaftlich als Aufgabe von Frauen definiert, die Pflege von Kranken zu übernehmen. Am Beispiel Indiens hat Vathsala Aithal (1995) gezeigt, dass der Arbeits- und Zeitaufwand armer Frauen in ländlichen Regionen zum Wasserholen von Jahr zu Jahr steigt. Durch die Verstaatlichung nach der Unabhängigkeit Indiens wurden Flüsse, Seen und Teiche zum Eigentum des Staates erklärt. Frauen verloren ihre traditionellen Nutzungsrechte am Wasser, das bis dahin als Gemeineigentum (Allmende) verstanden wurde. Die folgende Privatisierung des Wassers wirkte sich vor allem für arme Frauen negativ aus, denn Bewässerungsprogramme und die Überausbeutung des Grundwassers durch Tiefbrunnen kamen vor allem reichen Bauern und ihrem Anbau von „Cash Crop“⁵ für den Export zugute. Kleinbauern und armen Frauen wurde buchstäblich das Wasser abgegraben, wie es Aithal drastisch formuliert. Der erhöhte Arbeits- und Zeitaufwand in trocken gewordenen Regionen beeinflusst nicht nur die Arbeits- und Zeitökonomie der Frauen negativ, sondern verschlechtert die Ernährung und Gesundheit ihrer Familien. Darüber hinaus werden nach Aithal soziale Netze, auf die Frauen in Krisenzeiten zurückgreifen können, durch Umsiedlungsprogramme beim Bau von Staudämmen und hydro-elektrischen Anlagen zerstört. Das traditionelle Wissen von Frauen, die ihre Kenntnisse über Technologien zur Wasserkonservierung und Methoden zur Wasserreinigung von Generation zu Generation weitergegeben haben, wird entwertet und geht verloren. Wenn Frauen ihre Aufgabe zur Grundsicherung immer schlechter erfüllen können, sinkt wiederum ihr gesellschaftlicher Status und ihr Einfluss in der Gesellschaft. Dies ist ein Teufelskreis, den internationale Frauennetzwerke wie die einflussreiche „Women, Environment and Development Organisation“ (WEDO) oder der international bekannte Zusammenschluss von Frauen aus dem Süden „Development Alternatives with Women for a New Era“ (DAWN) mit ihrem Engagement in Global Governance Prozessen zu durchbrechen suchen.



2.3 Sustainable Livelihood als Gegenkonzept

In Rio bezog sich die internationale Debatte auf den Frauen-Aktionsplan (Women's Action Agenda, WAA), der ein Jahr vor der UNCED-Konferenz in Rio im November 1991 in Miami/USA auf der „Weltfrauenkonferenz für einen gesunden Planeten“ von 1.342 Frauen von Nichtregierungsorganisationen aus 83 Ländern verabschiedet wurde (Wichterich 1992: 15). Der Frauen-Aktionsplan kritisierte die Weltwirtschaftsordnung mit ihren die natürlichen Lebensgrundlagen zerstörenden Strukturanpassungs- und Welthandelsprogrammen als Ursache der globalen Umwelt- und Entwicklungskrise.⁶ Gleichzeitig setzte sich der Plan für ein den Grundbedarf befriedigendes und an die Natur angepasstes „Gegenmodell von Entwicklung“ ein (Märke 1995: 63ff.), das den Wachstumsgedanken aufgibt und einen Paradigmenwechsel weg von herrschenden westlichen Entwicklungs- und Wohlstandsmodellen hin zu einer Re-Moralisierung menschlichen Produzierens, Konsumierens und Handelns verlangt. Ziel war und ist also die Schaffung einer neuen Ethik im Umgang mit der Natur. Als Alternative zu einem allgemeingültigen Entwicklungsbegriff lag und liegt dem Frauen-Aktionsplan von Miami (1991) das Konzept „Sustainable Livelihood“⁷ zugrunde. Sustainable Livelihood meint, dass Frauen und Männer überall auf der Welt, heute und in Zukunft gleichermaßen die Möglichkeit haben, Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben zu nutzen (Wichterich 1992: 18; Weller 2004: 79ff). Damit bezieht sich das Konzept stark auf die tägliche Überlebenssicherung und ist mit einer kritischen Betrachtung von Modernisierungsstrategien und Entwicklungsprojekten verbunden. Sustainable Livelihood sucht in Abgrenzung zu einem universellen Entwicklungsparadigma nachholender Entwicklung nach Möglichkeiten des Wirtschaftens, die der Vielfalt lokal unterschiedlicher Lebensbedingungen angepasst sind und betont die Wichtigkeit der lokalen Ebene für die Überlebenssicherung.

Im Zentrum des Livelihoodkonzepts steht der Anspruch, Nachhaltigkeit und Empowerment von Frauen eng miteinander zu verknüpfen. Der Empowerment-Ansatz war als Innovation in der Entwicklungspolitik im Rahmen der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 entworfen worden, um Frauen den sozialen und politischen Machtzuwachs zu erleichtern, z.B. durch Zugang zur Bildung, durch die gesellschaftliche Transformation geschlechtshierarchischer Strukturen und

durch die Partizipation an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen.

2.4 Der „Planet der Frauen“

Als zentraler Teil des Forums für Nichtregierungsorganisationen und parallel zum offiziellen Programm der UNCED-Konferenz tagte in Rio der „Planet der Frauen“ (Planeta Femea). Hier wurden die in Miami gefassten Forderungen und feministische Nachhaltigkeitsansätze der Öffentlichkeit präsentiert, offizielle Regierungsverhandlungen kritisch analysiert und Gegenpositionen zu allen wichtigen Themen der Regierungsdokumente verabschiedet (Thorn 2002: 42). Die charismatische Leitfigur der Frauenumweltbewegung, Bella Abzug, Vorsitzende des umweltpolitischen Frauennetzwerks WEDO, postulierte einen partizipativen Empowerment-Ansatz, in dem die Leistung von Frauen für Umwelt und Gesellschaft anerkannt und ihnen dafür eine angemessene Beteiligung an politischer und wirtschaftlicher Macht zugesprochen wurde. Abzug warb für „Mainstreaming“- und Lobbyarbeit innerhalb der bestehenden Strukturen. Vertreterinnen der Nichtregierungsorganisation DAWN vertraten eine grundsätzlich systemkritische Position, formulierten visionäre Gegenentwürfe und wollten vor allem die systematische Verbindung zwischen ökologischer Krise, Frauenunterdrückung und den herrschenden Strukturen der Weltwirtschaft deutlich machen.

2.5 Gender in der Agenda 21

Der starken Präsenz von Frauenumweltgruppen im Forum der Nichtregierungsorganisationen und einer erfolgreichen Lobbyarbeit ist es zu verdanken, dass die Perspektiven und Forderungen von Frauen in die offiziellen Verlautbarungen der UNCED-Konferenz in Rio Eingang fanden. So war das Kapitel 24 der Agenda 21, eines der wichtigsten offiziellen Abschlussdokumente der UNCED-Konferenz, explizit Frauenfragen gewidmet (Bundesumweltministerium (BMU) 1992). Frauen wurden als Hauptakteurinnen (s.g. „major group“) für Nachhaltigkeitsprozesse benannt; die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit avancierte zur zentralen Aufgabe einer nachhaltigen Entwicklung. Außerdem gingen 120 weitere Empfehlungen zu Geschlechteraspekten als Querschnittsthema in die Agenda 21 ein (ebd.).

Dennoch wurde dem politischen Ansatz, wie Christa Wichterich (1992) anschaulich beschreibt, im Vergleich



zum Aktionsplan von Miami „die radikale und visionäre Spitze abgebrochen“ (ebd.: 36f.), denn die Fundamente des herrschenden Entwicklungs- und Zivilisationsmodells blieben in Rio unberührt. Grundsätzliche systemkritische Positionen, die nicht mit dem Wachstumsoptimismus und dem frauenpolitischen Integrationsansatz der offiziellen Abschlussdokumente zusammen passen, tauchen in der inhaltlichen Ausformulierung der Agenda 21 nicht auf, dafür aber gemäßigte Positionen für Integration und Gleichberechtigung von Frauen innerhalb gegebener Strukturen. So heißt es beispielsweise: „Frauen spielen eine vitale Rolle bei Umwelt-Management und Entwicklung. Ihre volle Beteiligung ist deshalb entscheidend für eine nachhaltige Entwicklung“. Wichterich kritisierte, dass Frauen als Ideen- und Arbeitskräftepotential eingespannt würden. Lediglich aus Effizienzgründen werde die Integration der Frauen zugelassen, jedoch in Strukturen, die von Ungleichheit und Armut geprägt seien, und in denen Frauen für die alltägliche Überlebenssicherung verantwortlich gemacht werden, ohne dadurch an Gestaltungsmacht zu gewinnen. Darin würden, ähnlich wie in der Entwicklungszusammenarbeit, Phänomene der Funktionalisierung von Frauen und Frauenorganisationen deutlich.

2.6 Rio + 10: Der Johannesburg-Gipfel 2002

Im Folgeprozess von Rio ist 1993 ein globales Netzwerk von Frauen und Männern gegründet worden, die in der Frauen-Arbeitsgruppe (CSD Women's Caucus) der Kommission für nachhaltige Entwicklung (Commission for Sustainable Development, CSD) für ein systematisches Gender Mainstreaming engagiert sind (Hemmati/Gardiner 2002). Die CSD⁸ verfolgt und evaluiert die Umsetzung der Agenda 21. In diesen Prozess bringt die Frauen-Arbeitsgruppe (AG) Positionspapiere ein und organisiert Veranstaltungen zu Geschlechterthemen im Rahmen der CSD-Konferenzen. Dabei versucht sie, konkrete Lobbyarbeit zu betreiben, indem sie als Vertretung der „Major Group“ Frauen⁹ im Rahmen s.g. „Multi-Stakeholder Dialogues“ zwischen Regierungen und NROs auftritt. Im Vorfeld der Rio+10-Konferenz in Johannesburg wurde vom Netzwerk das Ziel verfolgt, in einem konsultativen Prozess durch Seminare, Umfragen und Frauenforen eine neue Frauenagenda zu entwerfen und so eine Grundlage für Argumentation und Lobbyarbeit für den Weltgipfel zu schaffen (ebd.). Im Frauenaktionsplan für einen gesunden Planeten 2002 (WAA 2002) sind die zentralen Themen für Johannesburg formuliert

worden. Sie reichen von der Forderung, Good Governance und Geschlechterdemokratie zu gewährleisten über den Protest gegen die Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser bis hin zur Forderung nach einer Wende in den Produktions- und Konsummustern westlicher Industrieländer.

Im Vergleich zu Rio hat jedoch die Zahl der Teilnehmerinnen aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die in Johannesburg an den Veranstaltungen im Frauenzelt teilnahmen, drastisch abgenommen. Die Ergebnisse werden im Hinblick auf Geschlechterthemen als nicht sehr erfolgreich eingeschätzt (Liesenborghs 2002): So ist es lediglich gelungen, Genderbezüge durch das Einfügen kleiner Floskeln wie „gender-sensitiv“ oder „einschließlich Frauen“ in die offiziellen Dokumente einfließen zu lassen. Im Fazit: Ein inhaltlicher Erfolg der Lobbyarbeit von Nichtregierungsorganisationen im Rio-Prozess besteht darin, dass die besondere Betroffenheit von Frauen durch Umweltzerstörung deutlich wurde. Dabei gilt die Aufmerksamkeit vor allem Frauen in ländlichen Regionen der Entwicklungsländer, deren Existenzsicherung im Alltag bedroht wird, wenn natürliche Ressourcen wie Wasser oder Brennholz durch Umweltzerstörung knapp oder schwer erreichbar werden. Damit wurde im Rio-Prozess ein machtvoller Gegendiskurs zu einer Perspektive etabliert, die Frauen des Südens als Verantwortliche für eine armutsbedingte Umweltzerstörung sieht. Diese Sichtweise war nach dem Erscheinen des Brundtland-Reports international weit verbreitet und wurde damit begründet, dass Frauen z.B. durch das Sammeln von Brennholz zur Übernutzung lokaler Ressourcen beitragen. Obwohl seit Rio Frauen ihre „Unsichtbarkeit“ in der Nachhaltigkeitsdebatte überwunden haben, gelang es den internationalen Frauennetzwerken nicht, den zentralen Diskurs über das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und Nachhaltigkeit mit wachstums- und systemkritischen Standpunkten zu bestimmen.

3. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur – Ökofeminismus

Die Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit und Gender entwickelte sich vor einem entwicklungspolitischen Hintergrund und im Kontext internationaler Konferenzen, bezieht dabei aber auch theoretische Überlegungen ein, die aus einer feministischen Perspektive das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur problema-



tisieren und zunächst unter dem Label „Ökofeminismus“ bekannt geworden sind. Den Forderungen, die im Rio-Prozess von den Aktivistinnen vorgebracht werden, liegen zum Teil ökofeministische Positionen zugrunde. Ökofeminismus umfasst ein breites Set an Ideen, Analysen und Aktionsformen, die sich seit den 1970er-Jahren im Kontext des Aktivismus von Frauengruppen in der Umwelt- und Friedensbewegung in Nord und Süd entwickelt haben. Verbunden sind diese Ansätze durch die Suche nach gemeinsamen Ursachen von Naturausbeutung und Frauendiskriminierung und das Ziel, ökologische Politik mit dem Empowerment von Frauen zu verknüpfen. Gemeinsam ist auch die Vision gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frieden und in einer intakten Umwelt. Da ökofeministische Ansätze aus einer sozialen Bewegung hervorgegangen sind, umfassen sie nicht nur theorieorientierte Arbeiten, sondern auch Gedichte, bildende Kunst, Essays oder Romane. Zu den bekanntesten gehören die bis heute sehr lesenswerten Science Fiction-Romane von Marge Piercy, z.B. „Frau am Abgrund der Zeit“. Da ökofeministische Ansätze aus dem Bestreben entstanden, das gesellschaftliche Naturverhältnis und Umweltprobleme aus einer feministischen Perspektive neu zu interpretieren, sind sie genauso vielfältig wie die unterschiedlichen Theorieansätze in der Geschlechterforschung selbst und umfassen liberal, radikal und postmodern orientierte Strömungen des Feminismus. Die Entwicklung ökofeministischer Theorien ist bisher aus philosophischer (Plumwood 1993; Warren 2000), soziologischer (Mellor 1997) oder politologischer (Holland-Cunz 1994) Perspektive kommentiert worden. In der deutschen Debatte wird der Terminus Ökofeminismus häufig fälschlicherweise ausschließlich mit den Arbeiten von Maria Mies (1988), Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof (1983) identifiziert. Eine solche Zuordnung reduziert die Vielfalt ökofeministischer Theorieansätze, welche, anders als in Deutschland, im angloamerikanischen Sprachraum auch von eher postmodern orientierten Autorinnen wie Noel Sturgeon (1997) oder Catriona Sandilands (1998) aufgegriffen wurden. Zur Kategorisierung der verschiedenen Denkrichtungen hat sich in der Literatur die Unterscheidung zwischen kulturellem (radikalem) und sozialem Ökofeminismus durchgesetzt.

3.1 Kultureller Ökofeminismus

Als kultureller bzw. radikaler Ökofeminismus werden Ansätze bezeichnet, die eine besondere Naturnähe von

Frauen aus körperlichen (Menstruation, Gebären) oder spirituellen Gründen annehmen und darauf hinarbeiten, diese Naturnähe aufzuwerten. Viele dieser Ansätze haben spirituelle Züge und definieren sich über die hohe Wertigkeit von Fruchtbarkeit und die Erhöhung „weiblicher Werte“ (Gefühle, Empathie, Körperlichkeit). So geht beispielsweise Mies (1988) davon aus, dass Frauen sich aufgrund ihrer Gebärfähigkeit und der Produktion neuen Lebens als Teil von Natur erleben, während ein männlicher Naturbezug, vermittelt durch Hand- oder Kopfarbeit, einen rein instrumentellen Charakter habe. Dieser präge ein utilitaristisches Verhältnis zur Natur, die als bloße Ressource ausgebeutet und mit Technik beherrscht werde. Mies und Shiva (1995) gehen davon aus, dass die Verallgemeinerung eines „weiblichen Prinzips“ der Garant für einen respektvollen Umgang mit der Natur und für ein Leben in Frieden sei. Konkret entwerfen sie als fortschritts- und technikkritische Utopie eine Subsistenzperspektive – also Nachhaltigkeit durch arbeitsintensive landwirtschaftliche Eigenversorgung, Reruralisierung, Entindustrialisierung und Reduzierung von Weltmarktbeziehungen. Dieser Ansatz ist als einer der wenigen deutschen Ansätze in der Geschlechterforschung auch international auf ein breites Echo gestoßen (Eichler 1994; Harcourt 1994). In vielen Beiträgen ist die Annahme, das Verhältnis von Frauen zur Natur sei in irgendeiner Hinsicht besonders und privilegiert, als essentialistisch zurückgewiesen worden. Aus der Perspektive poststrukturalistischer Ansätze wird die Annahme einer basalen „Wir-Frauen-Kategorie“ infrage gestellt, welche Differenzen zwischen Frauen ausblende und durch den affirmativen Bezug auf Weiblichkeit und Gebärfähigkeit biologische Vielfalt auf ein zweigeschlechtliches Modell reduziere, das ontologisiert und nicht als Ergebnis sozialer Konstruktion erkannt werde (Thorn 2002: 41).

3.2 Sozialer Ökofeminismus

Als sozialer Ökofeminismus werden Ansätze bezeichnet, welche den Charakter der sozialen Konstruktion der Verbindung von „Frau und Natur“ betonen. Dabei wird der historisch spezifische Zusammenhang zwischen Frauenunterdrückung und Ausbeutung der Natur herausgearbeitet, der zeitgeschichtlich mit der Formierung der modernen Naturwissenschaften zusammenfällt. Merchant (1987), Bordo (1986) und Plumwood (1992; 1993) haben am Beispiel verschiedener Autorinnen der politischen Theorie (z.B. Bacon oder Descartes)



die historisch-gesellschaftlich konstruierte „Feminisierung“ der Natur und die „Naturalisierung“ von Frauen/Weiblichkeit in der Ideengeschichte nachvollzogen und aufgezeigt, wie sie deren Unterordnung unter männliche Herrschaft legitiimierte. So wurde beispielsweise lange nach der Aufklärung Frauen das Wahlrecht mit dem Verweis auf ihr angeblich biologisch/natürlich bedingtes Unvermögen zu rationalem Denken vorenthalten. In philosophisch angelegten Ansätzen des Ökofeminismus wird indes nicht nur die historische Werthierarchie von Männlichkeit/Kultur und Weiblichkeit/Natur (Rationalität-Emotionalität, Autonomie-Abhängigkeit etc.), sondern das Denken in Dualismen selbst problematisiert, das die Hierarchisierung der Werte bedingt (Warren/Wells-Howe 1994; Nelson 1996; Warren/Erkal 1997). Die binäre Opposition von geschlechtlich kodierten Dualismen als Grundlage westlichen Denkens zu erkennen und zu dekonstruieren, ist ein zentrales Anliegen dieser philosophisch inspirierten Ansätze. Die Verbindung von „Frau und Natur“ ist jedoch nicht nur ideengeschichtlicher Art, da bis heute ganze Bereiche gesellschaftlicher Arbeit vom sozialen Verhältnis zum natürlichen Phänomen umdefiniert werden, wenn z.B. das Aufziehen von Kindern als natürliche Bestimmung von Frauen angesehen wird.

Das internationale Frauennetzwerk WEDO warb anlässlich der Weltumweltkonferenz in Rio 1992 mit dem Slogan „It is time for women to care for mother earth“ für das umweltpolitische Engagement von Frauen. Dies ist als ökofeministischer Ansatz zur Umgestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses interpretiert worden (Sturgeon 1997: 160ff.). Im Deutschen ist der Slogan als Vorschlag, „die Erde zu bemuttern“, umformuliert worden. So, wie der Slogan des WEDO-Plakats für die Verantwortung gegenüber der Umwelt und eine Veränderung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses wirbt, ist er jedoch nicht unproblematisch: Es ist zu fragen, ob mit dem Slogan unterschwellig tradierte und diskriminierende Vorstellungen von Mütterlichkeit perpetuiert werden. Das Risiko besteht in der homogenisierenden Identifikation von Frauen mit mütterlichen Verhaltensweisen wie Fürsorglichkeit und Empathie. Diese Rollenvorgaben sind Verhaltensanforderungen, die Frauen auf *eine* Existenzweise festlegen. Dabei blenden sie die reale „Nicht-Übereinstimmung“ (Knapp 1989: 268) mit Rollenvorgaben aus, die auf der individuellen Ebene täglich erlebt wird. Eben dies aber versperrt wiederum durchaus bedenkenswerte Forderungen

nach einem vorsorgenden und pflegenden Umgang mit der Natur. Val Plumwood hat herausgearbeitet, dass ein Ansatz, der kritisch gegenüber dualistischen Grundannahmen ist, berücksichtigen muss, dass keines der beiden Geschlechter – weder Männer/Männlichkeit noch Frauen/Weiblichkeit/Mütterlichkeit – ein Modell für ein alternatives Verhältnis zur Natur bereitstellt. Sie weist darauf hin, dass sowohl Männer als auch Frauen Deformationen durch stereotypisierende dualistische Denkweisen und Konzepte erfahren. Nach Plumwood sollten beide Geschlechter sich für eine Neubestimmung von Männlichkeit und Weiblichkeit engagieren, die dualistische Konzeptionen von Mensch und Natur auf den Prüfstand stellt und ein nicht-hierarchisches Verhältnis zwischen beiden entwirft.

In den deutschen Arbeiten zum Themenfeld „Nachhaltigkeit und Gender“ spielen diese eher philosophisch angelegten Überlegungen zur Neukonzeption des gesellschaftlichen Naturverhältnisses nicht eine so herausgehobene Rolle wie im angloamerikanischen Sprachraum. Hier liegen Forschungs- und Diskussionsschwerpunkte, wie ich im Folgenden zeigen werde, auf der Auseinandersetzung mit aktuellen Nachhaltigkeitsstrategien und der Verankerung der Geschlechterperspektive in konkreten Handlungs- und Politikfeldern. Der mangelnde Bezug der Debatte im deutschen Sprachraum auf neuere Entwicklungen des angloamerikanischen Ökofeminismus mag aber auch damit zusammenhängen, dass ökofeministischen Positionen generell eine unangemessene Homogenisierung von Frauen unterstellt wird. Um solche Fremdeinschätzungen zu vermeiden, bleiben theoretische Bezüge bisweilen ungenannt. Stattdessen ist in der feministischen Nachhaltigkeitsforschung im deutschen Sprachraum die These stark vertreten, dass eine „Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Arbeits- und Lebenszusammenhängen von Frauen und ihrer immer stärkeren Ausdifferenzierung im Zusammengang mit der Pluralisierung der Lebensstile“ (Weller 1995) erforderlich sei.¹⁰

4. Gender auf Deutschlands Agenda?

Die Debatten um Nachhaltigkeit und Gender sind auf internationaler Ebene durch eine starke Präsenz von internationalen Frauennetzwerken aus dem Süden geprägt. Die Situation von Frauen im Norden wird in der Agenda 21 hingegen kaum erwähnt. Dabei fordert die Agenda 21 alle Staaten auf, nationale und lokale



Nachhaltigkeitsstrategien zu verfolgen. Auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene enthält das Nachhaltigkeitskonzept die Aufforderung, den sozial-ökologischen Umbau moderner Industriegesellschaft mit dem Ziel der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zu verknüpfen. Es bietet, wie Weller (2004) ausführt, mit dem normativen Anspruch an Partizipation, Verteilungsgerechtigkeit von Ressourcen, einer Vorsorgeorientierung am Erhalt der Reproduktionsfähigkeit von Natur und Gesellschaft und der Integration der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension weitere Anknüpfungspunkte von hoher Genderrelevanz (ausführlich hierzu: ebd.: 67ff.). In den konkreten Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien für Deutschland jedoch wird die geschlechtsspezifische Arbeits- und Machtteilung ignoriert und dementsprechend perpetuiert. Nicht nur die 1996 veröffentlichte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ sondern auch noch die 2002 von der deutschen Bundesregierung verabschiedete nationale Nachhaltigkeitsstrategie zeugen von dieser Ignoranz.

4.1 „Zukunftsfähiges Deutschland“

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wurde vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1996) im Auftrag vom BUND und Misereor durchgeführt und nach ihrem Erscheinen vom Spiegel als „grüne Bibel“ für das kommende Jahrtausend bezeichnet. Schon wegen der Vielzahl an Reaktionen aus der Geschlechterforschung (BUKO 1996; Littig 1998; Bernhard 1999; Schultz 1999) ist sie bis heute für das Themenfeld „Gender und Nachhaltigkeit“ relevant. Ausgangspunkt der Studie ist das Konzept des „Umweltraums“, innerhalb dessen Tragfähigkeitsgrenzen allen Menschen die gleichen Rechte zur Nutzung von Natur eingeräumt werden: Vor dem Hintergrund der eklatanten Nord-Süd-Ungleichheit im Ressourcenverbrauch pro Kopf bedeutet dies ein radikales Gleichheitsgebot.¹¹ Die Tragfähigkeitsgrenzen des Umweltraums werden in quantitativen Analysen mit Bezug auf den Energie-, Material-, Flächen- und Wasserverbrauch mit Hilfe von Indikatoren ermittelt. Da Deutschland mit seinem hohen Ressourcenverbrauch pro Kopf gegenüber den Entwicklungsländern und gegenüber der „Naturbank“ (BUND/Misereor 1996: 267) sein Konto deutlich überzogen hat, wird als Nachhaltigkeitsstrategie ein ökologisch orientierter Strukturwandel vorgeschlagen und es werden konkrete Vorgaben für die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs gemacht. Um Wege und Perspektiven für ein zukunfts-

fähiges Deutschland im 21. Jahrhundert zu illustrieren, ergänzen qualitativ gehaltene „Leitbilder“ und „Wendeszenarien“ die quantitativen Analysen.

4.2 Effizienz und Suffizienz

Als zentrale Ansatzpunkte für einen sozial-ökologischen Strukturwandel nennt das Wuppertal Institut zwei Strategien, welche die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität zum Ziel haben: Effizienz- und Suffizienzstrategien. *Effizienzstrategien* zielen darauf ab, mit möglichst wenig Ressourcen recycelbare, langlebige Produkte herzustellen, die zudem sparsam im Energieverbrauch sind und deren Reparatur sich lohnen soll. *Suffizienzstrategien* dienen dazu, die absolute Gütermenge durch gemeinsame Nutzung von Gütern und durch öko-effiziente Dienstleistungen (wie Car-Sharing) zu begrenzen. Unter dem Label „Eleganz durch Einfachheit“ haben Suffizienzstrategien zudem eine Ökologisierung von Alltags- und Konsumgewohnheiten durch eine „neue Genügsamkeit“ (z.B. Reisen im eigenen Land statt Fernreisen, Verringerung des Fleischkonsums etc.) zum Ziel.

4.3 Suffizienz für die Haushalte?

Aus Genderperspektive ist durchgängig kritisiert worden, dass bei den Umsetzungsvorschlägen für Effizienz- und Suffizienzstrategien eine Diskrepanz vorliegt: zwischen einer an Effizienz orientierten und hochmodernen technologischen Gestaltung im industriellen Bereich der Produktion auf der einen Seite und einer an Suffizienz orientierten, sparenden, sozial-ästhetischen Gestaltung durch ökologisch korrektes Handeln beim Konsum und im Haushalt auf der anderen Seite. Dabei dominieren vor allem in Bezug auf die Haushalte Vorschläge, in denen suffizientes Verhalten Effizienzgewinne unterstützen und stabilisieren soll – Umstellungs- und Sparsamkeitsvorschläge, die sich nicht in gleicher Weise an die Industrie richten.¹² Konkret drücken sich dann diese an Suffizienz orientierten Handlungsweisen im Verzicht auf die Nutzung elektrischer Geräte und in der Rückwendung zu traditionellen Formen der Haushaltsführung aus: „Energiebewusstes Verhalten schließt dann beispielsweise den Verzicht auf immer neue elektrische Anwendungen (zum Beispiel elektrische Dosenöffner) ein, genauso wie die Rückbesinnung auf Energie sparende Verhaltensweisen, die an die natürlichen Möglichkeiten angepasst sind (zum



Beispiel Wäschetrocknen an der Leine anstatt im Wäschetrockner)“ (BUND/Misereor 1996: 341). Weitere Beispiele für Suffizienz und Behutsamkeit im Lebensstil bestehen darin, die Menge der zu reinigenden Wäsche zu reduzieren und den Füllungsgrad von Spülmaschinen von gegenwärtig 70% auf 90% zu erhöhen.

4.4 Feminisierung der Umweltverantwortung?

Werden mit diesen Vorschlägen aus ökologischer Motivation heraus Möglichkeiten diskreditiert, sich von Arbeitsbelastungen im Haushalt freizukaufen, und werden Tiefkühlkost und Fertiggerichte, Wegwerfwindeln oder der „Zweitwagen“ für Einkäufe und Bringdienste zum ökologisch verwerflichen Laster (Bernhard 1999)? Münden die Vorschläge zur Einsparung von Strom und zur Umstellung der Ernährung in Mehrarbeit in den Haushalten, so dass aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung Frauen in „Öko-Stress“ (Schwarztal-Schuldt 1990) geraten? Sollen Frauen mit ökologischer Haushaltsführung zur Lösung ökologischer Probleme beitragen, deren Ursachen weit außerhalb ihres Verantwortungsbereichs liegen? Wird der Doppelbelastung durch Beruf und Familie nun noch der Öko-Stress hinzugefügt, wird gar ein neues, nun ökologisches Argument geschaffen, um „Frauen zurück an den Herd“ zu schicken? Die so geäußerte, vehemente Kritik ist bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass die Wuppertal-Studie implizit an technikskeptische Positionen anknüpft, die gerade aus der Geschlechterforschung stammen. Hier ist die Haushaltstechnisierung schon früh mit Verweis auf die Anspruch steigernde Wirkung von Haushaltsgeräten kritisiert worden, welche die als „Befreiung von der Hausarbeit“ versprochenen Effekte der Arbeits- und Zeiteinsparung durch Technisierung in vielerlei Hinsicht kompensiert haben. Die vehemente Kritik an der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* geht eben auch darauf zurück, dass in den Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien der Studie Geschlecht als soziale Strukturkategorie systematisch ausgeblendet wird, Gleichstellung individualisierend dem Willen Einzelner überlassen bleibt¹³ und gleichzeitig ein Strukturwandel der Arbeitswelt durch den Ausbau eines Niedriglohnssektors vorgeschlagen wird. Außer Betracht bleibt die besondere Betroffenheit von Frauen(arbeit) in diesem Sektor. Das Beispiel der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* illustriert die Gefahr, die Arbeitsbelastung in den Haushalten durch ökologische Anforderungen zu erhöhen und das Alltagsverhalten zu moralisieren

(Schultz 1998). Die Kosten des Umbaus werden bei einer solchen Strategie in einem überproportional hohen Maße von den privaten Haushalten getragen.

4.5 Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Die UNCED-Konferenz in Rio hat nicht nur auf internationaler Ebene Nachhaltigkeit als Leitbild verankert, sondern mit der Agenda 21 auch die Aufforderung an die unterzeichnenden Staaten festgehalten, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Diesen Auftrag der Vereinten Nationen umzusetzen, hat die deutsche Bundesregierung nach der Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition in einer Koalitionsvereinbarung beschlossen. Im April 2002 wurde die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ (Deutscher Bundestag 2002) verabschiedet und auf dem Weltgipfel in Johannesburg der Weltöffentlichkeit präsentiert. Hierin wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in vier übergeordneten Kapiteln mit den folgenden Überschriften spezifiziert:

- Generationengerechtigkeit;
- Lebensqualität;
- sozialer Zusammenhalt und
- internationale Verantwortung.

Zudem sind sieben zentrale Handlungsfelder vereinbart worden, für die Perspektiven eines zukunftsfähigen Deutschlands im 21. Jahrhundert erarbeitet werden sollen: Dazu gehören eine zukunftsfähige Energiepolitik, umweltverträgliche Mobilität sowie Verbraucherschutz durch gesunde Ernährung und Landwirtschaft. Weitere Arbeitsgebiete sind eine Bildungsoffensive, eine nachhaltige Wirtschaft und die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Als Gremium zur Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde zum einen der „Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung“ („Green Cabinet“) eingerichtet. Zum anderen wurden 18 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den „Rat für nachhaltige Entwicklung“ (RNE) berufen, der unter dem Vorsitz von Volker Hauff die Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie begleitet und für die Kommunikation des Themas Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit verantwortlich ist. Als Ergebnis wurde 2004 der erste Fortschrittsbericht veröffentlicht, in dem die Bundesregierung über die erzielten Ergebnisse Rechenschaft ablegt.



4.6 Das Gender-Gap der Nachhaltigkeitsstrategie

Obwohl in einem partizipativen Prozess via Internet und in s.g. Konsultationsrunden über die Strategieentwicklung mit allen gesellschaftlichen Akteuren diskutiert werden sollte und die Umweltverbände den Prozess aktiv begleitet haben, ist es aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen im Bereich „Frauen und Umwelt“ nicht gelungen, Genderaspekte im Fortschrittsbericht hinreichend zu berücksichtigen und Perspektiven nachhaltiger Entwicklung in Deutschland mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit zu verknüpfen. In verschiedenen Positionspapieren haben die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet) in Zusammenarbeit mit der „AG Frauen und Umwelt“ (Forum Umwelt und Entwicklung) ihre „Kritische Einschätzung der Nachhaltigkeitsstrategie aus Geschlechterperspektive“ formuliert (AG Frauen/genanet 2004a; 2004b). Im Zentrum der Kritik steht, dass Frauen- und Geschlechteraspekte lediglich in Bezug auf Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und die Perspektiven von Familien thematisiert werden. Ausgelassen werden jedoch die vorhandenen Ansätze über besondere Zusammenhänge von Frauen bzw. Geschlecht mit der Umweltproblematik, obwohl die feministische Umweltforschung in allen Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Betroffenheit von Umweltproblemen aufgezeigt und Vorschläge für geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt hat. Diese Ansätze sollen unten am Beispiel ausgewählter Themenbereiche ausgeführt werden. Die im Zusammenhang mit dem Gender Mainstreaming eingegangene Verpflichtung, geschlechtsspezifische Aspekte in allen Fachpolitiken zu berücksichtigen, wird unterlaufen: „Geschlecht ist somit allein im Kontext der Gleichstellung, jedoch nicht als Querschnittsdimension in den inhaltlichen Orientierungen bzw. Schwerpunktsetzungen der Nachhaltigkeitsstrategie sowie den als notwendig erachteten strukturellen und prozeduralen Voraussetzungen angelegt. Das Potenzial der Genderperspektive, strukturelle und inhaltlich-konzeptionelle Schief lagen und blinde Flecken aufzudecken und damit auch dazu beizutragen, neue Blickwinkel auf die verschiedenen Zusammenhänge zu eröffnen, ist in der Nachhaltigkeitsstrategie kein Thema“ (AG Frauen/genanet 2004b). Um die durchgängige Einbeziehung von Geschlechteraspekten voranzutreiben, wurden Positionspapiere zu grundsätzlichen Aspekten und zu den einzelnen Themenfeldern einer geschlechtergerechten

Nachhaltigkeitsstrategie¹⁴ verfasst.

Dem Ansatz der politischen Lobbyarbeit verpflichtet, zielen die Positionen der frauenpolitischen Organisationen im Umweltbereich darauf ab, die Ausgrenzung und Ausblendung von Genderaspekten zu überwinden. Für die Integration von Genderaspekten können sie nicht nur mit Bezug auf das Gerechtigkeitspostulat werben, sondern auch Effizienz- und Erfolgsgründe heranziehen: Denn Nachhaltigkeitsstrategien können, wie unten u.a. am Beispiel des Handlungsfeldes Mobilität verdeutlicht wird, misslingen, wenn sie geschlechtsspezifische Unterschiede in Umweltwissen und -bewusstsein ignorieren und geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bedürfnisse und Umgangsweisen in der Naturnutzung nicht einbeziehen. Genauso wie auf internationaler Ebene beinhalten die „Eckpunkte für eine geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie“ (genanet/AG Frauen 2004a) aber auch grundsätzlich systemkritische Positionen, die mit dem Ansatz der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie nicht vereinbar sind. Während die nationale Nachhaltigkeitsstrategie dem Kurs der ökologischen Modernisierung folgt und darauf baut, Wirtschaftswachstum und Ressourcenbeanspruchung durch innovative und organisatorische Lösung zu entkoppeln, wird in der feministischen Kritik am Fortschrittsbericht die Entwicklung von alternativen, nicht wachstumsfixierten Wirtschaftsformen gefordert und die Fixierung auf technische Lösungen problematisiert. Während die nationale Nachhaltigkeitsstrategie allenfalls für Chancengleichheit durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirbt, wird aus Geschlechterperspektive gefordert, durch die Anerkennung der ökonomischen Bedeutung von unbezahlter Fürsorgearbeit das Verhältnis von Produktion und Reproduktion neu zu bestimmen. Dies erfordert nicht nur einen Bruch mit dem vorherrschendem marktorientierten Verständnis von Wirtschaft und Arbeit. Es erfordert die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien, die unbezahlte Versorgungsarbeit in den privaten Haushalten nicht länger wie eine „natürliche Ressource“ als Grundlage des Wirtschaftens voraussetzen, sondern Wirtschafts- und Wohlstandsmodelle fördern, in denen Versorgungsarbeit ökologisch nachhaltig und geschlechtergerecht organisiert ist. Politische Strategien zur Anerkennung und geschlechtergerechten Absicherung von Versorgungsarbeit - sei es durch eine innovative Steuerpolitik, sei es durch eine allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit - sind jedoch mit einem hegemonialen Diskurs zur Herstellung



von Wettbewerbsfähigkeit konfrontiert. Die Forderungen im Wettlauf um Standortvorteile, bsplw. Arbeitszeiten zu verlängern, den Wohlfahrtsstaat zu stützen und auch sonst alles zu tun, um das Wachstum anzukurbeln, stehen einer wirklich geschlechtergerechten Nachhaltigkeitsstrategie, einer Revision des ressourcenintensiven Produktions- und Konsummodells und einer Neuordnung im Verhältnis von (sozialer und ökologischer) Produktion und Reproduktion jedoch grundsätzlich im Wege.

5. Gender in konkreten Handlungs- und Bedürfnisfeldern der Nachhaltigkeit

Wie die Einbeziehung der Dimension Geschlecht aussehen könnte, soll im Folgenden in Bezug auf konkrete Handlungs- und Bedürfnisfelder der Nachhaltigkeit (Mobilität, Abfallpolitik, Textilien, Ernährung) konkretisiert werden. Um die Ergebnisse von Studien zu den ausgewählten Handlungsfeldern zu präsentieren, greife ich auf die von Weller (2004) getroffene Unterscheidung zwischen einer „expliziten“ und einer „impliziten“ Genderanalyse zurück (ebd.: 33ff.): Auf explizite Geschlechterunterschiede nehmen mehrere Forschungsarbeiten Bezug, die unterschiedliche Betroffenheiten von Männern und Frauen durch Umweltprobleme und entsprechende Unterschiede hinsichtlich des Umweltwissens, -bewusstseins und der -nutzung feststellen. Ein Großteil dieser Ergebnisse ist als s.g. Nebenprodukt von empirischen Studien über Umweltwissen und Umweltbewusstsein entstanden, indem die vorliegenden Daten nachträglich im Hinblick auf Geschlechterunterschiede ausgewertet wurden. Diese s.g. „geschlechtsspezifisch disaggregierten Daten“ basieren auf Studien, die nicht explizit auf die Erforschung von Geschlechterunterschieden hin angelegt sind. Im Idealfall ermöglichen sie sogar, Frauen und Männer nicht als homogene Gruppen, sondern auch in Abhängigkeit von anderen sozialen Faktoren wie Klasse, Ethnie, Alter oder Lebensform zu erfassen. Da die meisten Daten über geschlechtsspezifische Unterschiede zum Umweltbewusstsein, -wissen und -verhalten jedoch nicht aus Studien mit einem Fokus auf die Geschlechterdimension stammen, sondern auf der Auswertung von groß angelegten Studien basieren, ist ihr Aussagewert begrenzt, und hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

Darüber hinaus plädiert Weller für eine „implizite Genderanalyse“, mit der auch die strukturell-symboli-

schen Dimensionen der Geschlechterverhältnisse wie z.B. die geschlechtsspezifische Arbeits- und Aufgabenteilung oder das Verhältnis von Produktion und Reproduktion bzw. Konsum einbezogen werden. Die implizite Genderanalyse bezieht sich dabei vor allem auf die Frage, wie die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure auf den Ebenen von Produktion, Distribution und Konsum verteilt sind und hinterfragt kritisch die in der Umweltforschung häufig vertretene Position einer hohen Gestaltungsmacht der Konsument/inn/en.

5.1 Mobilität

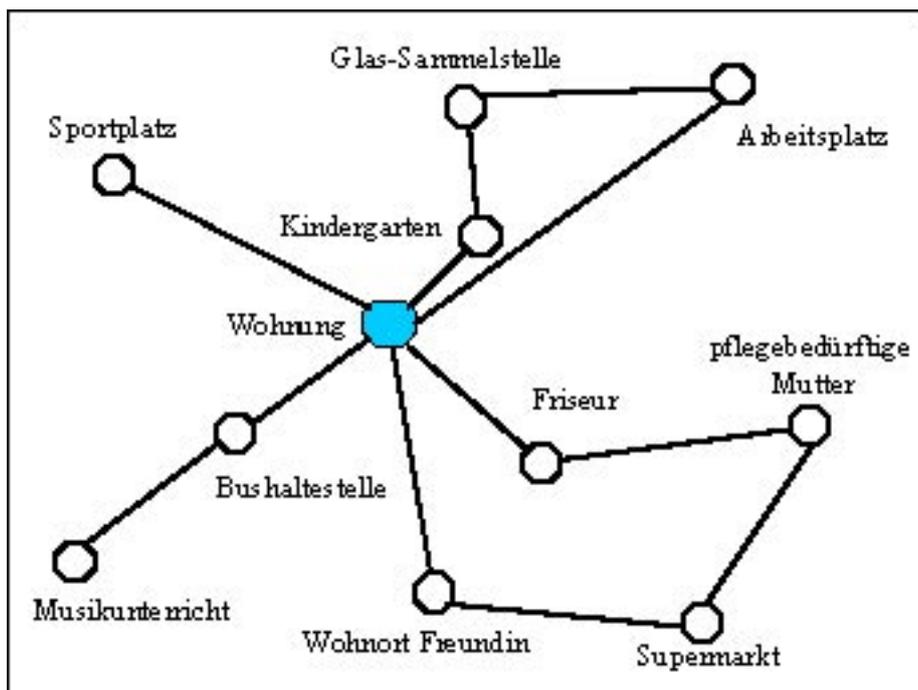
Eine explizite Genderanalyse ergibt in Bezug auf die Wahl der Transportmittel deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen nutzen häufiger als Männer öffentliche Verkehrsmittel, das Fahrrad oder gehen zu Fuß; PKW-Eigner sind zu 72% männlich und nur zu 28% weiblich. Zudem machen Frauen, wenn sie Zugang zur Nutzung eines PKW haben, weniger Gebrauch davon als Männer: Männer fahren durchschnittlich 17.500 km pro Jahr, Frauen 10.142 km (Bodenstein/Spiller et al. 1997). Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Nutzungsmuster resultieren aus der geschlechtlichen Arbeitsteilung und den mit ihr verbundenen finanziellen, beruflichen und sozialen Verhältnissen. Verdeutlicht eine explizite Genderanalyse Unterschiede bei der Wahl des Transportmittels, so gerät mit einer impliziten Genderanalyse unter Einbeziehung des Verhältnisses zwischen Produktion/Erwerbsarbeit und Reproduktion/Versorgungsarbeit das Mobilitätsverhalten insgesamt ins Blickfeld. Wenn eine Person Vollzeit erwerbstätig ist und keine Betreuungsverantwortung hat, führt dies zu anderen Mobilitätsmustern, als wenn Hausarbeit und die Versorgung von Kindern erforderlich sind. Wie Spitzner (1999) in ihren Beiträgen zur feministischen Verkehrsforschung zeigt, erzeugt alltägliche Versorgungsarbeit ganz eigene Mobilitätsmuster und -anforderungen, die durch kurze und im Zickzack verlaufende Wege geprägt sind: Kinder in den Kindergarten und zur Schule, Sohn zum Sport und Tochter zur Freundin bringen, hinterher zum Supermarkt und selbst zur Freundin etc. Diese Mobilitätsmuster basieren darauf, wer innerhalb der geschlechtlichen Arbeitsteilung für welche Aufgaben verantwortlich ist und treten besonders bei Frauen (und Männern, die Betreuungsverantwortung übernehmen) in der Familienphase auf. Dabei sind die Mobilitätsmuster von Erwerbstätigen mit Teilzeitarbeit und Betreuungsverantwortung für Kinder,



und das sind bis heute vornehmlich Frauen, besonders komplex und durch viele kurze Wege im Nahbereich geprägt. Mobilitätsmuster und -anforderungen der Versorgung und Betreuung werden jedoch von der Verkehrsplanung nicht ausreichend berücksichtigt, dabei sind sie doch für Nachhaltigkeitskonzepte zur Reduzierung von Automobilität zentral. Beik und Spitzner (1995) haben den Begriff der Reproduktionsarbeitsmobilität eingeführt, um zu erfassen, wie Verkehrsdynamik und Verkehrsaufkommen durch Wege, die an Versorgungsarbeit orientiert sind, geprägt werden. Sie wehren sich gegen eine Subsumierung dieser Wege unter die androzentrische Kategorie¹⁵ des s.g. Freizeitverkehrs. So wird dabei übersehen, dass bereits jeder vierte Weg einer Mutter ein Begleitweg ist, der nicht dem eigenen Freizeitvergnügen dient, sondern Kinder auf dem Weg zum Sportunterricht oder zur Musikstunde vor dem Verkehr schützen soll.

tigungsquote von Frauen zurück, sondern ist in ihrem Ausmaß nur durch die Anforderungen der Reproduktionsarbeit zu erklären. Wenn die Verkehrsinfrastruktur nicht auf das Zeitmuster der Reproduktionsarbeit abgestimmt ist, wenn außerhalb der Rush-Hour Bushaltestellen seltener bedient werden und dadurch lange Wartezeiten entstehen, wenn die Zeitpläne öffentlicher Verkehrsmittel nicht auf Beginn und Ende von Teilzeitarbeit abgestimmt sind und wenn Verkehrswege für Kinder nicht sicher sind, dann steigt die Motivation für die Anschaffung eines PKW.

Weiterer Handlungs- und Forschungsbedarf besteht bei der Frage, wie Mobilität im städtischen oder ländlichen Raum besser auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt werden kann, die Betreuungsverantwortung übernehmen und gleichzeitig erwerbstätig sind. Dies bedeutet eine Loslösung vom Leitbild des männlichen



Auch der Umgang mit Mobilität in der Verkehrsplanung ist häufig von einer männlichen Norm bestimmt und aus der Perspektive der impliziten Genderanalyse durch eine Ausgrenzung der Bedürfnisse der Reproduktion geprägt. Es fließen deutlich mehr Gelder in prestigeträchtige Großprojekte als in den Ausbau des lokalen öffentlichen Nahverkehrs und die Vereinfachung der Reproduktionsmobilität. Dass Frauen zu der am schnellsten wachsenden Gruppe unter den PKW-Eignern gehören, geht nicht nur auf die zunehmende Beschäf-

Ernährers, der morgens zur Arbeit und abends wieder zurückfährt, (Bauhardt 2004) und einen Paradigmenwechsel in der Städte- und Verkehrsplanung, der mit der Hinwendung zum Leitbild der „Intelligenten Stadt“ verbunden werden könnte. Städte- und Verkehrsplanung in einer intelligenten Stadt der kurzen Wege sollte Produktion und Reproduktion enger miteinander verweben und nicht länger an der Trennung von städtebaulichen Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Erholen) und der „autogerechten Stadt“ (bestehend aus Stadt-



autobahnen, suburbanen Schlafstädten und Industriezonen) orientiert sein. Die Notwendigkeit der Einbeziehung geschlechtsspezifischer Aspekte in die Städte- und Verkehrsplanung ist mit der Einrichtung von eigenständigen Fachgebieten mit dem Schwerpunkt „Gender Planing“ zumindest in Ansätzen anerkannt worden.

5.2 Abfallpolitik und Mülltrennung

Eine weitere Studie, die für die Gender bezogene Nachhaltigkeitsforschung zentral ist, stammt von Irmgard Schultz (1991; 1994), tätig am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt/Main. Sie bezieht eine kritische Position zur Politik der Mülltrennung, die mit dem Dualen System Deutschland (DSD) obligatorisch wurde. Eine explizite Genderanalyse zeigt, wie Mehrarbeit und neue Zeitbindungen zur Bewältigung von Umweltproblemen den privaten Haushalten aufgebürdet werden. Dort muss gespült, gereinigt und sortiert und das nun sauberlich Getrennte zum richtigen Ort transportiert werden. Im Kontext der vorherrschenden Arbeitsteilung sind es vorwiegend Frauen, die sich für die Organisation und das Management der verschiedenen Tonnen und Abholpläne verantwortlich zeigen. Der erhöhte Arbeits- und Zeitaufwand durch das geforderte Trennen, Sammeln und Entsorgen, der mit einer expliziten Genderanalyse als Mehrbelastung von Frauen konstatiert werden kann, steht jedoch nicht im Zentrum der Kritik. Vielmehr ist im Sinne einer impliziten Genderanalyse, die den Blick auf das Verhältnis zwischen Produktion und Konsum richtet und nach Gestaltungsmacht der beteiligten Akteure fragt, zu kritisieren, dass die Verantwortung zur Müllentsorgung von den Produzenten/innen auf die Endverbraucher/innen verschoben wird. Statt Gesetze zur Abfallvermeidung in der industriellen Produktion durchzusetzen, werden Konsument/inn/en durch die Abgabe für den Grünen Punkt finanziell belastet und mit der Trennarbeit zeitlich beansprucht.¹⁶ Die ständige Ausweitung der Umwelt bezogenen Verantwortlichkeiten auf unbezahlte Arbeit in den Haushalten kritisiert Schultz daher als „Privatisierung und Feminisierung von Umweltverantwortung“ und problematisiert im Sinne der impliziten Genderanalyse die damit einhergehende Enteignung von Mitgestaltungsmöglichkeiten: Statt die Endverbraucher/innen an der kommunalen Abfallpolitik partizipativ zu beteiligen, wird falsches Trennen kriminalisiert und von Müll-Sheriffs, die Abfalltonnen durchsuchen, geahndet. Dies führt zu einer Moralisierung der Hausarbeit und zu

einer obrigkeitstaatlichen Ausrichtung der Mentalitäten. Anstatt alltagsrelevante Entscheidungen von alltagsfernen Bürokraten treffen zu lassen, wäre es nach Schultz eine Aufgabe nachhaltiger Politik, die Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Endverbraucher/innen durch ihr Empowerment auszuweiten.

5.3 Die textile Kette

Um Perspektiven für die nachhaltige Gestaltung von Produkten und Stoffen zu gewinnen, werden von Ines Weller (2004) die textilen Stoffströme von der Produktion bis hin zum Konsum einer Genderanalyse unterzogen. Die explizite Genderanalyse entlang der textilen Kette untermauert die Bedeutung von Frauen als Schlüsselakteure in diesem Handlungsfeld: Es sind vor allem Frauen, die in der Textilproduktion und -verarbeitung, vor allem bei den Zulieferern in Freien Exportzonen, beschäftigt sind. Sie müssen Arbeitsbedingungen akzeptieren, die nicht den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen. Ebenso werden Frauen als Schlüsselakteure in der textilen Kette porträtiert, da sie häufig Kleidung für Familienangehörige mitkaufen und somit einen überproportional hohen Anteil der Kaufentscheidungen im Textilbereich treffen.¹⁷ Nicht zuletzt sind es Frauen, die sich in Paarhaushalten für das Wäschewaschen verantwortlich zeigen. Wie die aktuelle Zeitbudgetstudie 2002/03 verdeutlicht, verwenden sie für das Wäschewaschen eine halbe Stunde täglich, ihre Partner hingegen im Durchschnitt nur zwei Minuten (Statistisches Bundesamt 2003: 17). Eine implizite Genderanalyse führt Weller am Fallbeispiel „Textilien“ durch, indem sie fragt, wie in der Nachhaltigkeitsforschung Umweltverantwortung und Gestaltungsmacht in Hinblick auf eine nachhaltige Gestaltung von textilen Stoffströmen auf die verschiedenen Akteure in Produktion, Verarbeitung und Konsum verteilt werden. Im Ergebnis hinterfragt Weller eine Annahme, die in der Umweltforschung häufig vertreten wird,

- dass nämlich die herrschenden Muster des Konsumverhaltens ein hohes Maß an Umweltbelastungen verursachen;
- und dass die privaten Verbraucher/innen ein dementsprechend hohes Maß an Gestaltungsmacht für die Reduzierung und Optimierung des Stoff- und Energieeinsatzes im Textilbereich hätten.



Weller führt aus, dass erstens der Umfang des privaten Bekleidungskonsums in Nachhaltigkeitsstudien mit einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch zwischen 11 und 26 kg überschätzt wird, weil Bekleidungstextilien für den privaten Konsum nicht ausreichend von technischen Textilien (z.B. für Auto- und Flugzeugsitze) abgegrenzt werden. Auch Dienstkleidung (z.B. für die Polizei oder Bundeswehr) wird dem privaten Textilkonsum zugeschlagen, obwohl private Konsument/inn/en auf deren Gestaltung keine Einflussmöglichkeiten haben: „Die Konzentration der Umweltdebatte auf private Bekleidungskonsumenten und -konsumentinnen lässt somit den Eindruck einer Überbewertung und damit auch einer Moralisierung des privaten Bekleidungskonsums entstehen. (...) Problematisch ist an dieser verzerrten Wahrnehmung, dass sie dazu beiträgt, andere mindestens ebenso relevante Nachfrage- und Produktgruppen in den Debatten über die nachhaltige Gestaltung der textilen Stoffströme zu vernachlässigen“ (ebd.: 218). Zweitens wird die Entscheidungs- und Gestaltungsmacht privater Konsument/inn/en laut Weller überbewertet, weil gerade im Textilbereich eindeutige und Vertrauen erweckende Label für ökologisch und sozial verträglich produzierte Kleidung nicht weit verbreitet sind. Wenn drittens die Chemisierung der textilen Kette damit begründet wird, nur so den Wünschen der privaten Konsument/inn/en in Bezug auf Aussehen und Pflegeeigenschaften der Bekleidung nachzukommen, so zeigt Weller, dass die Beweggründe für den Chemikalieneinsatz in der Textilproduktion in einem viel höheren Maße auf verfahrenstechnisch-ökonomische Anforderungen der Produktion oder auf die verkaufsfördernde Gestaltung (durch die kurzfristige Erzeugung einer naturidentischen Haptik) zurückgehen. Schließlich kritisiert Weller, dass den Ökobilanzen von textilen Ketten, die einen hohen Anteil der Gebrauchsphase am Energieverbrauch berechnen und dementsprechend Verhaltensänderungen von Konsument/inn/en fordern, auf wenig gesicherten Daten über den Gebrauch von Bekleidung im privaten Bereich basieren. Sie fordert daher, dass nicht nur naturwissenschaftliche, sondern auch sozialwissenschaftliche, nach Geschlecht, Klasse, Alter, Ethnie etc. ausdifferenzierte Daten in die Umweltbilanzierungen einbezogen werden, und kommt insgesamt zu dem Fazit: „Die aufgezeigten ‚blinden Flecke‘ in den Umweltdebatten über textile Stoffströme relativieren ganz erheblich die immer wieder postulierte hohe Gestaltungsmacht der privaten Konsumenten und Konsumentinnen und stützen damit die in der For-

schung über ‚Gender & Environment‘ wiederholt festgestellte These von der Privatisierung und Feminisierung der Umweltverantwortung“ (ebd.: 223).

5.4 Ernährung

Als Voraussetzung für eine Implementierung von Nachhaltigkeitskonzepten und -strategien im Bedürfnisfeld Ernährung ist die Einbeziehung einer Genderperspektive zentral (Vinz 2005). Eine explizite Genderanalyse zeigt für das Bedürfnisfeld Ernährung die Rolle von Frauen als Schlüsselakteure in globalen Ernährungsketten: als „mithelfende Familienangehörige“ in Landwirtschaft, aber auch als Beschäftigte in Lebensmittelverarbeitung und Lebensmitteleinzelhandel, wo Frauenarbeit in einem Niedriglohnssektor mit hohen Flexibilitätsanforderungen konzentriert ist. Genauso wie für das Handlungsfeld Textilien untermauern die Ergebnisse der neuesten Zeitbudgetstudie (Statistisches Bundesamt 2003) aber auch die Schlüsselrolle von Frauen als Verantwortliche für Einkäufe, Nahrungsmittelzubereitung und Essensplanung in den privaten Haushalten.¹⁸ Zugespielt ist von der Rolle der Frau als „Einkaufsentscheiderin, Ernährungsmanagerin, Alltagsköchin, Saubermacherin und Abfallverwalterin“ die Rede (AG Frauen/genanet 2004c). Die explizite Genderanalyse lenkt den Blick weiterhin auf geschlechtsspezifische Unterschiede im Ernährungsverhalten, die bei der Konzeption von Nachhaltigkeitsansätzen und -strategien zu berücksichtigen sind: So orientieren sich Frauen eher am Gesundheitswert und Kaloriengehalt von Nahrungsmitteln, d.h. sie essen viel Obst und Gemüse und folgen eher den Leitlinien einer vollwertigen Ernährung (Setzwein 2001; Methfessel 2003). Männer hingegen sind in vielen Fällen stärker genussorientiert und essen, was ihnen schmeckt. Studien zeigen auch, dass Männer häufiger und mehr Fleisch essen als Frauen, was sowohl mit ihrer Orientierung an Rollenvorgaben als auch mit den symbolischen Bedeutungen von Nahrungsmitteln (z.B. der Assoziation von Fleisch mit Stärke, Potenz und Macht) erklärt wird. Eine erfolgreiche Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien im Ernährungsbereich wird mit davon abhängen, ob Vorschläge für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Umstellung der Ernährung geschlechts- und lebensstilspezifisch unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten berücksichtigen. Dafür ist es eine Aufgabe der Forschung, geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ernährung ins Verhältnis zu anderen sozialen Unterschieden (wie z.B. Alter, Familienstand,



Schichtzugehörigkeit etc.) zu setzen und entsprechende Daten zu erheben.

Für die implizite Genderanalyse ist wiederum eine ganzheitliche Betrachtung der Ernährungskette von der Produktion bis zur Mahlzeit erforderlich; dabei sollte auf die Verteilung von Umweltverantwortung und Gestaltungsmacht in den Produktions- und Reproduktionsphasen geachtet werden (Vinz 2005). Da aufgrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung in den meisten Familien vorwiegend Frauen für die Nahrungszubereitung und die dafür nötigen Lebensmitteleinkäufe zuständig sind, könnte daraus eine hohe Entscheidungs- und Gestaltungsmacht von Frauen als Konsumentinnen abgeleitet werden. Im Vergleich zum Textilbereich sind im Ernährungssektor Label für umwelt- und sozialverträglich produzierte Güter weiter verbreitet und mit dem Angebot von Bioprodukten im Lebensmitteleinzelhandel leichter zugänglich. Für die Kaufentscheidung war eher die Konfrontation einer größeren Vielzahl verschiedener Kennzeichnungen mit dem Label „bio“ verwirrend, weshalb mit großem Aufwand ein neues Label zur Kennzeichnung von Produkten aus kontrolliert biologischem Anbau eingeführt wurde. Bei der Einführung von Gentechnik ist zumindest der Versuch gemacht worden, durch Kennzeichnungspflichten die Wahlfreiheit der Verbraucher/innen zu gewährleisten (obwohl eine geringfügiger Anteil gentechnisch veränderter Nahrungsmittel auch in „gentechnischfreien“ Produkten enthalten sein darf und es höchst umstritten ist, ob die Wahlfreiheit der Verbraucher/innen zukünftig sichergestellt werden kann).

Tendenzen für eine Privatisierung und Feminisierung von Gestaltungsmacht sind jedoch auch im Ernährungsbereich zu beobachten. Nicht zuletzt im Kontext der Debatte um Übergewicht bei Kindern war immer wieder der Appell an Familien zu hören, regelmäßige Mahlzeiten mit frisch verarbeiteten Lebensmitteln anzubieten und so eine nachhaltige Esskultur (u.a. an den Zielen Gesundheit und Umweltverträglichkeit orientiert) zu fördern. Mit dem Übergang zu einer flexiblen Dienstleistungsgesellschaft ist jedoch das Phänomen einer zunehmenden „Entrhythmisierung der Mahlzeitenordnung“ zu beobachten. Im Zuge der Flexibilisierung von Arbeitszeiten¹⁹ und der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen verliert die bürgerliche Mahlzeitenordnung, die auf einem gemeinsamen Frühstück, Mittag- und Abendessen im Kreis der Familie basiert, an Bedeutung.

Die Förderung einer nachhaltigen Esskultur wird nur dann erfolgreich sein, wenn bei der Politikgestaltung sowohl die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen als auch die Flexibilisierung von Arbeits- und Lebenszeiten berücksichtigt wird.

Hinfällig wird dadurch die Vorstellung einer vermeintlich unbegrenzt und kostenlos zur Verfügung stehenden Ressource Versorgungsarbeit, welche in den Appellen an gesunde Ernährung und regelmäßige gemeinsame Mahlzeiten häufig implizit steckt. In den privaten Haushalten wird die Zeit für Versorgungsarbeit knapper und die Rolle der Haushalte als „elastische Zeitrressource“ (Elson 1992) geht zunehmend verloren. Im Sinne einer impliziten Genderanalyse sind ökologische Ent- und zeitliche Belastungen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Verteilung zwischen den Geschlechtern zu thematisieren und Nachhaltigkeitsstrategien zu finden, welche eine „Privatisierung und Feminisierung von Ernährungsverantwortung“ vermeiden.

Ein Lösungsansatz für die Förderung einer nachhaltigen Esskultur besteht daher in dem Ausbau von Kantinen und Mensen für Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder auch Betrieben, in denen alltägliche Erfahrungen mit nachhaltiger Ernährung gesammelt werden können (Vinz 2005: Kap. 8.4). In Deutschland wird mit dem Konzept der Halbtagschule jedoch noch immer vorausgesetzt, dass Eltern mittags Zeit haben, für ihre Schulkinder zu kochen. Denkbar wäre auch die Ausweitung öko-effizienter Dienstleistungsangebote, z.B. mit s.g. Gemüseabonnements. Diese erfordern zwar ein regelmäßiges Kochen, können dafür aber den Zeitaufwand für den Einkauf reduzieren. Eine Ausweitung von Dienstleistungsangeboten im Ernährungsbereich kann dabei nicht nur einen Beitrag leisten, das enge Zeitbudget berufstätiger Eltern zu entlasten, sondern auch einen positiven Beschäftigungseffekt haben.

5.5 Für ein technologisches Empowerment

Für die nachhaltige Gestaltung und Nutzung von Produkten ist es zum einen notwendig, fundiertes Wissen über die ausdifferenzierten Nutzungsmuster zu erheben und zu berücksichtigen. Zum anderen ist mit Blick auf das – in der impliziten Genderanalyse von Weller problematisierte – hierarchische Verhältnis von Produktion und weiblich kodiertem Konsumbereich eine sehr viel tiefer greifende Neuorientierung in der



Produktentwicklung und -gestaltung notwendig: So fordert Weller (2004), Akteurinnen und Akteure, die Produkte nutzen (werden), an den Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen zu beteiligen und ihre Alltagskenntnisse gegenüber dem Wissen von technischen Experten als gleichwertig anzuerkennen, um eine verbesserte Produktgestaltung – orientiert an unterschiedlichen Alltagserfordernissen und Nutzungsgewohnheiten – zu ermöglichen (ebd.: 163ff.). Nur im Rahmen eines „technologischen Empowerments“ durch direkte Mitsprache in der Produktentwicklung und -gestaltung könne die Gestaltungsmacht der Endverbraucher/innen tatsächlich erhöht und der partizipative Anspruch des Nachhaltigkeitskonzepts erfüllt werden. Mit dem Vorschlag für ein „technologisches Empowerment“ eröffnet Weller den Blick auf einen Weg zur nachhaltigen Gestaltung von Produkten und Stoffen, der jedoch im Rahmen ihrer Arbeit zu wenig diskutiert wird. Gibt es im Sinne der Qualitätssicherung Interessensallianzen zwischen Produzenten und Nutzer/inn/en? Sind Hersteller bereit, für partizipative Verfahren zusätzliche Kosten und Zeitaufwand zu akzeptieren, oder ist der Spielraum für technologisches Empowerment durch marktbedingt immer kürzer werdende Innovationsrhythmen zu klein? Weller geht mit dem Empowerment-Konzept noch weiter, wenn sie fordert, dass die Produktentwicklung und -gestaltung auch die „Reproduktionsfähigkeit von Natur und Gesellschaft“ berücksichtigt. Diese Forderung birgt Konflikte, war es doch bisher nicht durchsetzbar, dass Produzenten eine vollständige Transparenz über Produktionsprozesse und die verwendeten Stoffe herstellen noch möglich, einen gesellschaftlichen Konsens zu finden, auf die Herstellung und den Konsum von Produkten mit hoher Umweltbelastung zu verzichten oder Preiserhöhungen für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards zu akzeptieren. Sollen Fragen dieser Art durch Ermächtigung der Konsument/inn/en im Rahmen partizipativ angelegter Prozesse mit den Herstellern verhandelt werden? Und sind nur zukünftige Nutzer/inn/en (mit hoher Kaufkraft) an der Demokratisierung von Produkt- und Technologieentscheidungen zu beteiligen oder auch diejenigen, die von Umweltfolgen westlicher Produktions- und Konsummuster (z.B. durch Klimawandel) negativ betroffen sind? Wenn die moderne Konsumgesellschaft aufgrund der globalen ökologischen Krise an ihre Grenzen gelangt und sich grundlegend verändern muss, um Bestand zu haben, ist die Frage, ob ein „technologisches Empowerment“ diesen Transformationsprozess vorantreiben kann. Über

Wege zum Umbau der asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen Herstellern und Konsument/inn/en weiter nachzudenken, verbleibt als Aufgabe der Nachhaltigkeitsdebatte, ist aber grundlegend, um dem Anspruch feministischer Nachhaltigkeitskonzepte nach Empowerment und einer Neuverteilung von Einflussnahme und Gestaltungsmacht gerecht zu werden. Die Frage ist, ob das Gender Mainstreaming als Querschnittspolitik zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit einen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele leisten kann.

6. Gender Mainstreaming in der Umweltpolitik

Nachdem „Gender Mainstreaming“ 1995 im Abschlussdokument der Weltfrauenkonferenz in Peking verabschiedet, 1997 auf europäischer Ebene im Amsterdamer Vertrag verankert und 1999 per Kabinettsbeschluss als verbindliches Leitprinzip von der Bundesregierung ratifiziert wurde, hat es als neue Strategie der Gleichstellungspolitik Einzug in die Europäische Union (EU) gehalten.²⁰ Die Verpflichtung, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen, wurde somit innerhalb der EU und auf nationalstaatlicher Ebene verbindlich anerkannt. Gender Mainstreaming bedeutet, Geschlechterfragen als Querschnittsthema in allen Politikbereichen zu verankern und Genderaspekte von vorgeblich geschlechtsneutralen Prozessen und Strukturen in Organisationen zu berücksichtigen. Es zielt darauf ab, bereits im Prozess der Politikgestaltung die unterschiedlichen Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Frauen und Männer mitzudenken und sie so zu gestalten, dass Chancengleichheit gewährleistet wird. Dabei sollen herkömmliche Rollenzuschreibungen an Männer und Frauen reflektiert und verändert werden – nicht ohne die beiden Gruppen Frauen und Männer als in sich differenzierte und nicht homogene Gruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensstilen zu begreifen. Als Strategie der Organisations- und Personalentwicklung wird die Umgestaltung von Geschlechterverhältnissen zur „Chefsache“. D.h. Führungskräfte werden für die Umsetzung verantwortlich gemacht – Gender Mainstreaming ist also ein Top-Down-Ansatz. Als Konzept und Strategie ist Gender Mainstreaming im Kontext einer über dreißig Jahre währenden Diskussion der internationalen Frauenbewegung entstanden. „Empowerment“ von Frauen, also Selbstermächtigung und Zugewinn an Gestaltungsmacht durch die Überwindung von Armut und Ungleichheit erzeugenden Strukturen, heißt hier die Zielsetzung. Dies geht deutlich über die



von der EU formulierte Zielsetzung der Chancengleichheit und Gleichstellung hinaus. Als Top-Down-Ansatz ist Gender Mainstreaming zunächst einmal grundsätzlich abhängig vom „Good Will“ der Führungskräfte in Organisationen, die in der Umsetzung von Gender Mainstreaming Prozessen erhebliche Ermessensspielräume haben.

6.1 „Learning from the South“

In entwicklungspolitischen Zusammenhängen hat schon seit den 1970er-Jahren eine Verknüpfung von umwelt- und geschlechterpolitischen Zielsetzungen stattgefunden: Denn wie bereits gezeigt wurde, sind Zugang und Kontrolle zu natürlichen Ressourcen in Ländern des Südens durch geschlechtliche Arbeitsteilung strukturiert. Wasser- oder Aufforstungsprojekte sind gescheitert, weil sie Geschlecht als Kategorie übersehen und Frauen als Hauptnutzerinnen von natürlichen Ressourcen nicht einbezogen haben. Deshalb sind für die Umsetzung von Gender Mainstreaming neue Instrumente entwickelt worden: In „Gender-Trainings“, die von den Trägern der Entwicklungszusammenarbeit häufig für einen Zeitraum von ein bis drei Tagen angeboten werden, sollen Entscheidungsträger/innen für die eigenen Wahrnehmungs- und Bewertungsweisen männlicher und weiblicher Rollen sensibilisiert und in die Kategorien der s.g. Gender-Analyse eingeführt werden. Die Gender-Analyse vermittelt unterschiedliche Möglichkeiten, nach Geschlecht und Alter differenzierte Daten zu erfassen. Diese sollen bei der Planung und Umsetzung von politischen Maßnahmen oder Projekten einbezogen werden, damit Bedürfnisse von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigt werden und beide Gruppen vom Projekt profitieren. In umweltrelevanten Projekten werden mit Methoden der Gender-Analyse beispielsweise geschlechtsspezifische Unterschiede im Umgang mit natürlichen Ressourcen sichtbar gemacht und die Grundlage für eine Projektgestaltung geschaffen, die ökologische Ziele mit dem Empowerment von Frauen verknüpft. Dafür sind in Handbüchern der Entwicklungspolitik zahlreiche praktische Schemata und Raster entwickelt worden, die eine Analyse von Geschlechterverhältnissen erleichtern und von denen die Umweltpolitik des Nordens lernen könnte. Umweltpolitisch ist das Gender Mainstreaming innerhalb der EU gerade neu entdeckt worden. Diese Strategie bietet sich geradezu an, im Umweltbereich verwendet zu werden: Gleichstellungspolitische Aspekte müssen demnach bei

der Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien für die Bewertung von Projekten oder politischen Maßnahmen im Umweltbereich einbezogen werden. Als neue Instrumente sollen im Folgenden erstens der Gender Mainstreaming Prozess in umweltpolitischen Organisationen und zweitens das Gender Impact Assessment (GIA) in Deutschland vorgestellt werden.

6.2 Gender Greenstreaming

Gender Mainstreaming macht auch vor den umweltpolitischen Organisationen selbst nicht halt: Sie sind gefordert, Geschlechterhierarchien in ihrer Organisationsstruktur durch die Förderung von Frauen abzubauen und Genderaspekte in Programmatik und Projektplanung mit einzubeziehen. Denn die Mehrzahl der Organisationen sind in ihren politischen Orientierungen und in ihren Leitungs- und Führungspositionen überwiegend männerdominiert, während Frauen meist den höheren Anteil an der Basis stellen. Daher hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Dachverband der im Natur- und Umweltschutz tätigen Organisationen eine Initiative zur Umsetzung von Gender Mainstreaming eröffnet: „Gender Greenstreaming“ zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz (o. V. 2004a; o. V. 2004b). Die Strategie des Gender Mainstreaming soll für die in diesem Bereich tätigen Organisationen zum einen als „funktionelles Instrument zur Herstellung von Chancengleichheit“ (ebd.) und zur Überwindung von mittelbaren Diskriminierungen in Organisationsstrukturen genutzt werden. Zum anderen soll die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten auch auf der konzeptionellen Ebene und auf allen Ebenen bei Entscheidungsprozessen integriert werden. Was zunächst als geschlechtsneutral erscheint, soll also auf seine Spezifität hin überprüft werden. In einer Vorstudie zur Vorbereitung der Umsetzung des Gender Mainstreaming im Naturschutz haben Mayer et al. (2003) herausgestellt, dass hierfür eine fachliche Unterstützung zur Sensibilisierung und Entwicklung reflexiver Genderkompetenz sinnvoll ist. Gleichfalls ist eine Beratung notwendig, da der Zusammenhang zwischen umwelt- und gleichstellungspolitischen Zielsetzungen den Befragungen zufolge nur den wenigsten Verbandsakteuren auf Anhieb verständlich ist und oft auch nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Hierfür wird der Gender Greenstreaming Prozess in verschiedenen Arbeitsschritten durchgeführt: Round-Table-Gespräche sowie eine Perspektivenwerkstatt sollen u.a. zur Kon-



zeption von Modellprojekten führen, in denen anhand aktueller Themen die Verknüpfung von Umwelt- und Geschlechterpolitik aktiv hergestellt wird. In einer Modellphase werden die Konzeptionen dann umgesetzt. Gegen Ende der Projektlaufzeit werden die Ergebnisse im Rahmen einer Zukunftskonferenz vorgestellt und diskutiert. Anschließend sollen verbindliche Richtlinien für die Implementierung von Genderaspekten für die Verbandsarbeit verabschiedet werden. Auf diese Weise soll langfristig sichergestellt werden, dass Verbände Chancengleichheit gewährleisten und in der konzeptionellen Arbeit deutlich machen.

6.3 Gender Impact Assessment (GIA)

Für die Umweltpolitik ist das Gender Impact Assessment (GIA) als ein Schlüsselinstrument im Gender Mainstreaming Prozess relevant. Seine Funktion besteht darin zu überprüfen, ob eine politische Maßnahme (sei es ein Gesetzgebungsvorhaben, ein politisches Programm oder das alltägliche Verwaltungshandeln) negative Auswirkungen auf Männer und Frauen hat. Das Instrument wurde in den frühen 1990er-Jahren in den Niederlanden entwickelt, der Einsicht folgend, dass vorgeblich geschlechtsneutrale Politikvorhaben häufig nicht vorhersehbare und nicht erwünschte Folgeeffekte für Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft haben. Vom (deutschen) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) wurde das Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt/Main (ISOE) damit beauftragt, in verschiedenen Modellprojekten ein Konzept für die Anwendung des GIA in der Umweltpolitik zu entwickeln (Hayn/Schultz 2002). Das Ziel des GIA besteht sowohl darin, eine „Ziele-Allianz“ zwischen gleichstellungspolitischen und umweltpolitischen Zielen herzustellen als auch darin, mögliche Zielkonflikte festzustellen. Dabei wird das GIA, angelehnt an das Konzept der Umweltverträglichkeitsprüfung, in Form eines Stufenmodells²¹ umgesetzt. Am Beispiel der Novellierung der Strahlenschutzverordnung soll im Folgenden ein GIA illustriert werden (Hayn/Schultz 2002).

6.4 Beispiel:

Novellierung der Strahlenschutzverordnung

Die genderrelevanten Neuregelungen von 2001 umfassen neben der Festsetzung neuer Grenzwerte und Veränderungen der Arbeitsplatzgestaltung die Neurege-

lung des Zutritts zum s.g. Kontrollbereich. Das generelle Zutrittsverbot für Schwangere, das vor der Novellierung der Strahlenschutzverordnung galt und die Erwerbstätigkeit von Schwangeren verhinderte, wurde in der Neuregelung außer Kraft gesetzt und statt dessen ein differenziertes Schutzkonzept vorgeschlagen. Im Rahmen des GIA wurde das Öko-Institut Darmstadt e.V. beauftragt, eine Befragung bei Personen in strahlenexponierten Berufen durchführen über die Einschätzung der Neuregelungen. Darin wurde das differenzierte Schutzkonzept der novellierten Strahlenschutzverordnung von den Befragten sehr positiv bewertet, da es schwangeren Frauen, die in strahlenexponierten Berufen tätig sind, ermöglicht, ihren Arbeitsplatz zu behalten, jedoch in Arbeitsbereichen tätig zu sein, die nur eine geringe Strahlenbelastung aufweisen und den Kontakt mit offenem radioaktiven Material ausschließen. Hier ist, so das Ergebnis des GIA, eine positive Zielallianz gelungen, da Ausbildungschancen von Frauen und der freie Zugang zu Berufen mit Strahlenexposition verbessert wurden, ohne den Strahlenschutz zu vernachlässigen.

Nicht zuletzt wurde im Rahmen des GIA der Vermutung nachgegangen, Männer würden benachteiligt, da nur für Frauen zusätzliche Grenzwerte in Bezug auf die Gebärmutter und den Fötus vorgesehen waren, der Grenzwert für Männer jedoch unverändert blieb. Die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Regelung konnte jedoch durch den medizinischen Stand der Forschung begründet und somit sicher gestellt werden, dass ein ausreichender Strahlenschutz für die reproduktive Gesundheit von Männern gegeben ist. Im Ergebnis hat das GIA, das im Auftrag des BMU durchgeführt wurde, deutlich gemacht, dass die Neuregelungen eine verbesserte Gleichstellung der Geschlechter ermöglichen. Es wird auch deutlich, dass es im GIA um die Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse und nicht allein um die Betroffenheit von Frauen geht. Kritisch angemerkt werden muss, dass die Vorteile der Novellierung der Strahlenschutzverordnung durch Einführung eines differenzierten Schutzkonzeptes eigentlich auf der Hand liegen. Die Befragung der Beschäftigten in strahlenexponierten Berufen zu diesem Thema sicherte diese relativ naheliegende Erkenntnis nicht nur ab, sondern ermöglichte auch eine Profilierung des BMU durch die Verbreitung der Informationen über die Novellierung. Wichtig wäre ebenso eine längerfristige Perspektive in der Evaluation von Folgewirkungen politischer Maßnahmen, da Probleme und Widersprüche häufig erst in der



alltagspraktischen Erprobung deutlich werden.

Mit der Implementierung von Gender Mainstreaming in der Umweltpolitik hat ein Prozess begonnen, der zeigen wird, ob Gender Mainstreaming neue Instrumente und Strategien für das Empowerment von Frauen bereitstellt oder lediglich schon oft gehörten Lippenbekenntnissen für Geschlechtergerechtigkeit und symbolischer Politik neuen Glanz verleiht – nun im anglizistischen Gewand. Es muss sich allerdings erst noch herausstellen, ob Umwelt- und Geschlechterpolitik durch Gender Mainstreaming so miteinander verknüpft werden, dass Hierarchien zwischen Männern und Frauen abnehmen – oder ob es nicht doch dabei stehen bleibt, durch stärkere Einbeziehung von Frauen und Genderaspekten die Effizienz oder die Profilierung der eigenen Organisation zu verbessern, ohne die inhaltliche Arbeit zu verändern und strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in den Organisationsstrukturen zu überwinden. Genauso wird sich zeigen müssen, ob Gender Mainstreaming in der Umweltpolitik und anderen Politikfeldern durch eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik die in vielen Umfragen dokumentierte Skepsis von Frauen gegenüber der EU abbauen kann – oder ob Gender Mainstreaming angesichts der restriktiven Geldpolitik der EU und des staatlichen Sparzwangs wirkungslos bleibt. Dann könnte mit dieser Strategie der Verschärfung von sozialer Ungleichheit, auch zwischen den Geschlechtern, nur wenig entgegengesetzt werden.

Die enge Verknüpfung von industrieller Massenproduktion mit dem Massenkonsum hat zwar nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Industrieländern eine soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ermöglicht, wie sie bis dahin nicht bekannt war. Dafür war und ist sie mit einem enorm hohen Verbrauch an Ressourcen verknüpft. Im Sinne der Nachhaltigkeit besteht nun die Herausforderung darin, die Wirtschaftsweise innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde zu entwickeln und dementsprechende Reduktionsszenarien im Ressourcenverbrauch zu entfalten. Dabei stellt sich die Frage, ob sich tatsächlich wie in den hegemonialen Nachhaltigkeitsstrategien alle Ziele miteinander vereinbaren lassen. Kann ökonomisches Wachstum, können Produktivitätssteigerungen, die ökologische Reduktion im Verbrauch von fossilen Energieträgern und anderen Stoffen mit dem Ziel, soziale Gerechtigkeit durch die Ausweitung von Beschäftigung und die soziale Absicherung von Betreuungsarbeit herzustellen, friedlich verbunden werden? Es besteht die Gefahr, dass

Nachhaltigkeit hier nur als harmonisierendes Zauberwort fungiert. Um ökologische Reduktionsziele zu erreichen, ist eine Veränderung der ressourcenintensiven westlichen Wirtschafts-, Produktions- und Konsumweise erforderlich, die systemimmanente Wachstumszwänge aufweist, aber auch durch politische Entscheidung immer wieder auf Wachstum ausgerichtet wird und im Prozess der Globalisierung eine weltweite Expansion erfährt.

Um dem Ziel der Nachhaltigkeit gerecht zu werden, gilt es den Anforderungen der ökologischen Reproduktion von Natur und der sozialen Reproduktion von Gesellschaft tatsächlich gerecht zu werden. Das bringt sicherlich einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel mit sich, der gestaltet werden muss. Hierbei ist die Genderperspektive unbedingt zu berücksichtigen. Ohne eine konsequente Integration der Genderperspektive in Nachhaltigkeitskonzepte und -strategien ist zu befürchten, dass mit dem „Make-up“ der „Marke Nachhaltigkeit“ ungleichen Geschlechterverhältnissen ein ökologischer Anstrich gegeben wird. Wenn jedoch „Nachhaltigkeit“ zur Kosmetik wird, müssen Feministinnen diskutieren, ob sie sich positiv darauf beziehen können – denn „Emanzen“ haben allen Klischees zufolge noch nie ein affirmatives Verhältnis zum Schminken gehabt.

7. Endnoten

¹ Hierin heißt es wörtlich: „Unter ‚dauerhafter Entwicklung‘ verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Hauff 1987: XV).

² Globalisierung ist mit der Verallgemeinerung und Expansion eines „fossilistischen Entwicklungsmodells“ verknüpft, das auf Produktionssteigerungen durch die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen wie Erdöl, Kohle oder Gas basiert. Entwicklungsländer gehen diesen konventionellen Entwicklungsweg, wobei der Ausbau von Grundstoffindustrien oder Energie- und Verkehrsinfrastrukturen den Verbrauch an fossilen Energieträgern in die Höhe treiben. Die ökologischen Folgen sind gravierend, wie der steile Anstieg von CO₂-Emissionen in Schwellenländern exemplarisch zeigt (zwischen 20 und 40% im Zeitraum 1990-95). Zur Debatte über das Verhältnis von Globalisierung und Nachhaltigkeit siehe: (Altvater 1996; Sachs 2000).



³ Einige Kritiken gehen davon aus, dass eine anthropozentrische Ausrichtung dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung inhärent sei. Wie bereits geschildert, kommt das Nachhaltigkeitskonzept ursprünglich aus der Forstwirtschaft und wurde in agrarischen Gesellschaften mit dem Ziel eingeführt, Holz als wichtige Grundlage der gesellschaftlichen Wirtschafts- und Entwicklungsweise dauerhaft nutzen zu können. In einem solchen Verständnis entsprechen Wälder mit Monokulturen aus schnell wachsenden Buchen den Kriterien der Nachhaltigkeit, die Wahrung von Mischwäldern mit einer hohen Artenvielfalt hingegen ist dem Konzept mit seiner Orientierung an menschlichen Nutzenerwägungen eher nicht immanent. Im Überblick zeigt sich jedoch, dass das Nachhaltigkeitskonzept sich in seiner heutigen Komplexität von dieser ursprünglichen Auslegung emanzipiert hat und ein Spektrum von Ansätzen mit öko- bzw. biozentrischem Naturverständnis bis hin zu Ansätzen mit einem anthropozentrischen Naturverständnis umfasst. Eine gute Einführung in das Nachhaltigkeitskonzept bietet: (Brand 1997).

⁵ Als Cash Crop werden landwirtschaftliche Produkte bezeichnet, die für den Export bestimmt sind und mit denen Devisen (Cash) erwirtschaftet werden können. Dazu zählen z.B. Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, zunehmend aber auch Südfrüchte wie Ananas, Weintrauben oder Kiwi.

⁶ Strukturanpassungsprogramme, zu denen verschuldete Länder von IWF und Weltbank verpflichtet werden, sind zwar offiziell dem Konzept der Nachhaltigkeit verpflichtet, aber gleichzeitig daran orientiert, die Zahlungsfähigkeit der betroffenen Länder durch die Ausweitung von Exporten, die Senkung von Staatsausgaben und die Abwertung der eigenen Währung wieder herzustellen. Um Kredite und Importe bezahlen zu können, werden die natürlichen Ressourcen als „unentgeltliche Devisenbringer“ (Sachs 2000) vermarktet. Beispielsweise werden landwirtschaftliche Flächen zunehmend zum intensiven Anbau von landwirtschaftlichen Produkten in Monokulturen genutzt. Dies ist nicht nur mit der Ausweitung von Umweltproblemen, z.B. durch den vermehrten Einsatz von Pestiziden, verknüpft. Aus der Perspektive der Frauennetzwerke ist entscheidend, dass durch die Ausweitung von Flächen für die Exportproduktion und die Aufhebung traditioneller Nutzungsrechte Frauen für ihre landwirtschaftliche Subsistenzproduktion der Boden entzogen wird. Damit wird die Existenzgrundlage von Frauen in ländlichen Regionen des Südens unterminiert.

⁷ Wörtlich übersetzt bedeutet Livelihood in etwa Lebensunterhalt, Auskommen.

⁸ Die CSD ist als hochrangige Kommission auf der UNCED-Konferenz in Rio beschlossen worden, um einen wirksamen Folgeprozess der Konferenz sicherzustellen. Sie ist eine der neun Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen. Der Generalversammlung unterstehend hat sie kaum eigene Entscheidungskompetenzen. Bei ihrer Aufgabe zur Überwachung der Umsetzung der Agenda 21 ist sie zudem auf nationale Berichte von Regierungen angewiesen, die z.T. beschönigend sind oder wichtige Probleme auslassen. Die nationalen Berichte der Regierungen werden aber durch „alternative“ Berichte der Nichtregierungsorganisationen (NRO) ergänzt. Eine Vorreiterrolle spielt die CSD innerhalb der UN in Bezug auf die Dialog- und Kooperationsformen zwischen Regierungen und NRO (den s.g. Multi-Stakeholder-Dialogues), weil die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Gruppen an vor- und nachbereitenden Konferenzen beteiligt waren und sogar an informellen Sitzungen, die in Bezug auf Verhandlungsergebnisse oft besonders wichtig waren, teilnehmen konnten.

⁹ In der Agenda 21 wurden Frauen als eine von neun „Major Groups“ definiert und somit in der internationalen Politik als zivilgesellschaftliche Gruppe akzeptiert, die für den Nachhaltigkeitsprozess eine herausgehobene Rolle spielt.

¹⁰ In diesem Zusammenhang wird das Paradox problematisiert, dass nicht nur die Ausblendung von Genderspekten, sondern auch die übermäßige und undifferenzierte Thematisierung von Geschlechterdifferenz diese verstärken kann. Hierfür bezieht sich beispielsweise Weller zustimmend auf Schiebinger: „Einerseits müssen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weiter analysiert werden, denn die Frauen als Gruppe leiden noch heute unter Benachteiligungen... Andererseits besteht die Gefahr, dass eine Hervorhebung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen die bestehenden Trennlinien noch schärfer ausprägt. Eine übermäßige Konzentration auf die Geschlechterdifferenz kann außerdem dazu führen, dass andere Formen menschlicher Vielfältigkeit – die Unterschiede der Klassen, der Rassen, der sexuellen Orientierungen, der Religionen und Kulturen etc. – vernachlässigt werden“ (Schiebinger 1993: 388, zit.n.: Weller 1995: 32f.).

¹¹ Ein durchschnittlicher US-Bürger verbraucht mit seinem „American Way of Life“ doppelt so viel Energie wie ein Deutscher, 34 mal so viel wie ein Inder und



238 mal so viel wie ein Tansanier (Dritte Welt Haus Bielefeld/BUND et al. 1997: 20). Dies kann daher nicht Maßstab und Ideal für alle sein. 20% der Weltbevölkerung in den Industrieländern verbrauchen für ihren Entwicklungsweg jährlich 80% der Ressourcen.

¹² So heißt es im Wendeszenario, das sich mit Einsparmöglichkeiten im Stromverbrauch beschäftigt: „Ausstattungsgrad und Nutzergewohnheiten können dazu führen, dass die gestiegene Energieeffizienz konterkariert oder nicht ausgenutzt wird. Mehr Geschirrspüler, Wäschetrockner, Mikrowellengeräte oder die zahlreichen Kleingeräte können die Spareffekte leicht zunichte machen. Nichts ist so effizient wie das nicht gekaufte Gerät“ (BUND/Misereor 1996: 213).

¹³ Wie die herrschende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Beruf und Familie in einem zukunftsfähigen Deutschland verändert werden könnte, wird in der Studie nur sehr oberflächlich behandelt. So heißt es lapidar: „Neue Zeitstrukturen allein bringen auch keine Lockerung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, wenn nicht beide dazu motiviert sind“ (BUND/Misereor 1996: 356). Zu Recht verweisen Kritikerinnen der Studie darauf, wie absurd es sei, die Überwindung eines strukturellen Problems von der individuellen Motivation abhängig zu machen.

¹⁴ Die Positionspapiere zu den Themenbereichen Mobilität, erneuerbare Energien, Klimaschutz, Landwirtschaft und Ernährung, Biodiversität, Flächeninanspruchnahme, Entwicklungspolitik, Potenziale Älterer, Demographischer Wandel, Bildung für Nachhaltigkeit können unter www.genanet.de abgerufen werden.

¹⁵ Androzentrismus meint die Ausrichtung von Forschung oder Politik an einem Durchschnittsmenschen, der häufig unbewusst als junger, berufstätiger, gesunder Mann ohne Kinder konzipiert wird. Die „Ineinssetzung von Mensch und Mann“, die den Androzentrismus kennzeichnet, basiert auf unzulässigen Abstraktionen und wird der Heterogenität und Vielfalt von Menschen nicht gerecht. Die Lebenssituationen von Frauen, aber auch von anderen sozialen Gruppen wie den Alten, Kranken, Behinderten, Kindern oder Erwerbslosen werden nicht berücksichtigt und in Entscheidungs- oder Planungsprozessen mitgedacht. Damit erhebt sich das Partikulare (des gesunden, berufstätigen Mannes) zum Universellen und wird zudem als „das Ganze“, als allgemeingültige Perspektive also, ausgegeben. Im Englischen wird daher Androzentrismus auch als „male-centered“ oder „male-as-norm“ übersetzt.

¹⁶ Dabei stellt sich die Frage, ob nicht die tatsächliche Umweltentlastung durch das erhöhte Transportaufkommen kompensiert wird. Zweifelhaft ist es auch, ob die ganze Arbeit

und Organisation sich lohnen, da über 90% der Gesamtmüllmenge nicht in den Haushalten anfällt und somit vom DSD nicht erfasst wird. Schultz spricht von einem „Frauen-Müll-Syndrom“ (ebd.), weil um den Kern von erwünschten Einsparergebnissen herum ein riesiges Beschäftigungsprogramm für private Haushalte etabliert wird, das zeitaufwendig und gleichzeitig ineffektiv ist.

¹⁷ Die weit verbreitete Einschätzung, dass Frauen aufgrund einer höheren Modeorientierung einen überhöhten Kleidungskonsum haben, ist jedoch zu differenzieren. Weller bezieht sich hierfür auf eine Studie, die nur eine relativ kleine Gruppe von Frauen (14%) aufgrund hoher Ausgaben für Kleidung als „stark modeorientiert“ typologisiert. Dieser Gruppe wurden jedoch auch 9% der Männer zugeordnet.

¹⁸ Frauen verwenden nach der Zeitbudgetstudie 1991/1992 viermal so viel Zeit für die Zubereitung von Mahlzeiten wie Männer; dreimal so viel Zeit investieren Frauen durchschnittlich in das Geschirrspülen (Blanke/Ehling et al. 1996). Damit gehört die Nahrungsmittelzubereitung genauso wie das Wäschewaschen und Putzen zu den Tätigkeiten, die in starkem Umfang geschlechtsspezifisch verteilt sind oder von Frauen weitgehend allein verrichtet werden. Diese Grundstrukturierung der Arbeitsteilung wird durch die aktuelle Zeitbudgetstudien (2001/2002) bestätigt: Durchschnittlich beteiligen sich Männer unverändert 23 Minuten am Tag an den Beköstigungsarbeiten, während Frauen hierfür 19 Minuten weniger als vor 10 Jahren aufwenden und damit auf eine tägliche Arbeitszeit von 1 Stunde und 6 Minuten kommen. Dabei übernehmen Frauen die „Kocharbeit“ am heimischen Herd, obwohl nur 50% der Frauen das Kochen Spaß macht und 10% sich über das Kochen als lästige Pflicht beklagen (IGLO-Forum-Studie 1995).

¹⁹ Im Lebensmitteleinzelhandel sind besonders Frauen als Beschäftigte im Ernährungssektor davon betroffen (ebd.: Kapitel 8.1)

²⁰ Vgl. den Beitrag von Regina Frey und Mara Kuhl zum Gender Mainstreaming in dieser Reihe, außerdem zur Einführung: (Bothfeld/Gronbach et al. 2002; Frey 2003).

²¹ In einer Voranalyse wird die Genderrelevanz einer Maßnahme bestimmt, in der Hauptanalyse werden die Genderaspekte, die für die Maßnahme relevant sind, konkret beschrieben und gleichstellungspolitische Ziele formuliert. In einem dritten Schritt wird bewertet, ob die identifizierten Genderaspekte der geplanten Maßnahme ausreichend berücksichtigt wurden und ob eine Ziel-Allianz zwischen gleichstellungs- und umweltpolitischen Zielen gelungen ist und gegebenenfalls Empfehlungen für Verbesserungen ausgesprochen.



8. Fragen zum Text

8.1 Welche Prinzipien liegen dem Nachhaltigkeitskonzept auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene zugrunde? Welche Strategien werden zur Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten vorgeschlagen?

8.2 In welchen Etappen und mit welchen Papieren und Positionen konnten internationale Frauennetzwerke am Rio-Prozess partizipieren? Mit welchen Ergebnissen? Wie wird dieser Prozess von der Autorin bewertet?

8.3 Welche Gemeinsamkeiten haben ökofeministische Ansätze in Bezug auf die Analyse des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur? Worin unterscheiden sich kultureller und sozialer Ökofeminismus?

8.4 Was unterscheidet die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1996) von der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (2002)? Was sind die zentralen Kritikpunkte der Geschlechterforschung an diesen beiden Konzepten für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21. Jahrhundert?

8.5 Welche Fragestellungen liegen der expliziten bzw. der impliziten Genderanalyse zugrunde? Welche Forderungen für Nachhaltigkeitsstrategien in konkreten Handlungsfeldern ergeben sich aus den Ergebnissen der impliziten Genderanalyse?

8.6 Mit welchen Ansätzen und Instrumenten wird der Gender Mainstreaming Prozess in der Umweltpolitik verfolgt? Wie wird dieser Prozess von der Autorin bewertet?

9. Links zum Text

www.johannesburgsummit.org (offizielle UN-Seite)
www.weltgipfel2002.de (gemeinsame Seite von BMU & BMZ)
www.earthsummit2002.org (Multistakeholder-Forum, Frauen AG, Women's Caucus)
www.dawn.org.fj (DAWN)
www.wedo.org (WEDO)
www.genanet.de (genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit)
www.forumue.de/themenundags/frauen/index.html (AG Frauen und Umwelt, Forum Umwelt und Entwicklung)

www.nachhaltigkeitsrat.de (Nachhaltigkeitsrat/Begleitprojekte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie)

www.bundesregierung.de/Politikthemen/Nachhaltige-Entwicklung (Zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie)

www.iso.de (Institut für sozialökologische Forschung, ISOE)

10. Literatur

AG Frauen /genanet, 2004a: Gemeinsames Positionspapier der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung und genanet zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Eckpunkte einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeitsstrategie. Autorin: Christine Katz, www.genanet.de.

AG Frauen /genanet, 2004b: Gemeinsames Positionspapier der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung und genanet zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Kritische Einschätzung der Nachhaltigkeitsstrategie aus Geschlechterperspektive. Autorinnen: Christine Katz/Tanja Mölders, www.genanet.de.

AG Frauen /genanet, 2004c: Gemeinsames Positionspapier der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung und genanet zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive. Landwirtschaft und Ernährung. Autorinnen: Maite Mathes, Parto Teherani-Krönner, Uta Hoffmann-Altman, www.genanet.de.

Aithal, Vathsala, 1995: Überlegungen zur Gender & Environment-Forschung am Beispiel Wasser. In: Irmgard Schultz/Ines Weller (Hg.): Gender & Environment: Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen. Frankfurt a.M., S. 92-105.

Altwater, Elmar, 1996: Feuer & Wasser. Passen Globalisierung und nachhaltige Entwicklung zusammen? In: Politische Ökologie 46 (Mai/Juni 1996), S. 32-35.

Altwater, Elmar, 1998: Nachhaltigkeit in der gesellschaftlichen Diskussion. Oder das Wieselwort „Sustainability“. Vortrag auf der Festveranstaltung zu Verleihung des Dr. Viktor-Wehland-Ehrenringes der Stiftung Naturschutz Berlin an Prof. Dr. Martin Jänicke. Berlin.



Bauhardt, Christine, 2004: Entgrenzte Räume. Zu Theorie und Politik räumlicher Planung. Wiesbaden.

Beik, Ute /Meike Spitzner, 1995: Reproduktionsarbeitsmobilität. Theoretische und empirische Erfassung. Dynamik ihrer Entwicklung und Analyse ökologischer Dimensionen und Rahmenbedingungen für Handlungsstrategien. Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Abteilung Verkehr, Arbeitsbereich „Feministische Ansätze zur Verkehrsvermeidung“, Wuppertal.

Bernhard, Claudia, 1999: Die neue Bescheidenheit - Wie antifeministisch ist die Nachhaltigkeit? In: Ines Weller/Esther Hoffman/Sabine Hofmeister (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden. Bielefeld, S. 111-120.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2002): (Re-)Produktivität - der blinde Fleck im Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, Frauenakademie München, in: <http://www.frauenakademie.de/veranst/archiv/img/hofmeist.pdf>, download vom 06.12. 2003.

Blanke, Karen/ Manfred Ehling et al., 1996: Zeit im Blickfeld - Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Schriftenreihe der Bundesergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Wiesbaden.

Bodenstein, Gerhard/ Achim Spiller et al., 1997: Strategische Konsumententscheidungen. Langfristige Weichenstellungen für das Umwelthandeln - Ergebnisse einer empirischen Studie. Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Gerhard-Mercator-Universität - Gesamthochschule Duisburg. Nr. 234, Duisburg.

Bordo, Susan, 1986: The Cartesian Masculinization of Thought. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Vol. 11, No. 3.

Bothfeld, Silke/ Sigrid Gronbach et al., 2002: Gender Mainstreaming - eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis. Politik der Geschlechterverhältnisse, 18, Frankfurt a. M.

Brand, Karl-Werner (Hg.), 1997: Sustainable Deve-

lopment - eine Provokation für die Soziologie? Opladen.

Buchen, Judith et.al., 1994: Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Bielefeld.

BUKO, 1996: Zwischen Sparstrümpfen und Gigabytes: der Ökologen Lust, der Frauen Frust - Eine feministische Kritik zur Nachhaltigkeit und der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, erstellt von Frauen aus dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Bremen.

BUND/Misereor (Hg.), 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel/Boston/Berlin.

Bundesumweltministerium (BMU) (Hg.), 1992: Umweltpolitik. Konferenz der VN für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992, Dokumente, Agenda 21. Bonn.

Davidson, Joan /Irene Danckelman, 1990: Frauen und Umwelt in den südlichen Kontinenten. Wuppertal.

Deutscher Bundestag, 2002: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Eblinghaus, Helga /Armin Stickler, 1996: Nachhaltigkeit und Macht. Frankfurt a.M.

Eichler, Margrit, 1994: „Umwelt“ als soziologisches Problem. In: Das Argument 205, S. 359-376.

Elson, Diane, 1992: Male Bias in Structural Adjustment. Women and Adjustment Policies in the Third World. Haleh Afshar/Carolyne Dennis. Houndmills et al.: 46-68.

Frey, Regina, 2003: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Frankfurt a.M.

Harcourt, Wendy (Hg.), 1994: Feminist perspectives on sustainable development. London u.a.

Hauff, Volker (Hg.), 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der WCED. Greven.



Hayn, Doris /Irmgard Schultz, 2002: Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt - Zusammenfassung des Abschlussberichts, im Auftrag des BMU. Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt.

Hemmati, Minu /Rosalie Gardiner, 2002: Gender and Sustainable Development. World Summit Papers of the Heinrich Böll Foundation, No 10. Berlin.

Holland-Cunz, Barbara, 1994: Soziales Subjekt Natur. Natur- und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien. Frankfurt a.M./New York.

IGLO-Forum-Studie, 1995: Genussvoll essen, bewusst ernähren - Gemeinsamkeiten am deutschen Tisch. Hamburg.

Knapp, Gudrun-Axeli, 1989: Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. In: Ursula Beer (Hg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld, S. 236-273.

Liesenborghs, Frauke, 2002: Von Rio nach Johannesburg. Die Bedeutung der Rio + 10-Konferenz für die kommunalen Agenda 21-Prozesse. Dimensionen einer nachhaltigen Gesellschaft. Feministische Zugänge und Perspektiven. Dokumentation der Tagung vom 9.-11. November 2002, <http://www.frauenakademie.de>.

Littig, Beate, 1998: Nachhaltige Entwicklung: Für Frauen, gegen Frauen, von Frauen? Konzepte nachhaltiger Entwicklung aus frauenpolitischer Sicht. In: dies. (Hg.): Ökologie und soziale Krise. Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Wien, S. 140-159.

Märke, Erika, 1995: Frauen erheben ihre Stimme: Geschlechterfrage, Ökologie und Entwicklung. Frankfurt a.M.

Mayer, Marion et al., 2003: Gender Mainstreaming für Organisationen im Bereich von Umwelt- und Naturschutz - Ansätze, Hindernisse und Herausforderungen. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 1, Jg. 21, S. 102-111.

Mellor, Mary, 1997: Feminism & ecology. Washing-

ton/New York.

Merchant, Carolyn, 1987: Der Tod der Natur: Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft. München.

Methfessel, Barbara, 2003: Geschlechterverhältnisse und Ernährungsleitbilder. In: Claudia Empacher/Doris Hayn (Hg.): Ernährungsleitbilder im Wandel. Dokumentation des Expertenworkshops des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt/Main am 26.3.2003.

Mies, Maria, 1988: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich.

Mies, Maria /Vandana Shiva, 1995: Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie. Zürich.

Nelson, Julie, 1996: Feminism, objectivity and economics. London/New York.

o. V., 2004a: Newsletter des Projekts: Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz. 1. Ausgabe, September 2004.

o. V., 2004b: Newsletter des Projekts: Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz. 2. Ausgabe, November 2004.

Plumwood, Val, 1992: Feminism and Ecofeminism: Beyond the Dualistic Assumptions of Women, Men and Nature. In: The Ecologist, Vol 22, No. 1, S. 8-13.

Plumwood, Val, 1993: Feminism and the Mastery of Nature. London/New York.

Reuters/APA, 2004: Preis für Umwelt und Menschenrechte an Wangari Maathai, Begründung des Komitees im Wortlaut. In: Die Standard, 10. Oktober 2004, <http://diestandard.at/?url=/?id=1818436>.

Rodda, Annabel, 1991: Women and the Environment. London/New Jersey.

Sachs, Wolfgang, 2000: Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung. Berlin, Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung.



Sandilands, Catriona, 1998: The good-natured feminist: Ecofeminism and democracy. In: Roger Keil/David Bell (Hg.): Political Ecology: global and local. London/New York, S. 240-158.

Schultz, Irmgard, 1994: Das Frauen & Müll-Syndrom - Überlegungen in Richtung einer feministischen Umweltforschung. In: Judith Buchen (Hg.): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Bielefeld, S. 152-167.

Schultz, Irmgard, 1998: Umwelt- und Geschlechterforschung - eine notwendige Allianz. ISOE Diskussionspapiere 2, Frankfurt a.M.

Schultz, Irmgard, 1999: Eine feministische Kritik an der Studie Zukunftsfähiges Deutschland. Statt einer ausschließlich zielorientierten Konzeptualisierung erfordert nachhaltige Entwicklung eine prozessorientierte Konzeptualisierung. In: Ines Weller/Esther Hoffman/Sabine Hofmeister (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden. Bielefeld, S. 99-110.

Schultz, Irmgard /Monika Weiland, 1991: Frauen und Müll. Frauen als Handelnde in der kommunalen Abfallwirtschaft. Frankfurt a.M.

Schwartau-Schuldt, Silke, 1990: Ökostress im Haushalt. In: Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft e.V. (Hg.): Haushaltsträume. Ein Jahrhundert Technisierung und Rationalisierung im Haushalt. Königstein, S. 119-126.

Setzwein, Monika, 2001: Essen: Typisch Männlich. In: UGB-Forum 6/01, S. 315-317.

Spitzner, Meike, 1999: Krise der Reproduktionsarbeit - Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität. In: Ines Weller/Esther Hoffman/Sabine Hofmeister (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - alte Blockaden. Bielefeld, S. 151-168.

Statistisches Bundesamt, 2003: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Statistisches Bundesamt.

Sturgeon, Noel, 1997: Ecofeminist natures: race, gender, feminist theory, and political action. London/New York.

Thorn, Christiane, 2002: Nachhaltigkeit hat (k)ein Geschlecht

Perspektiven einer gendersensiblen zukunftsfähigen Entwicklung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 33/34, S. 38-46.

Vinz, Dagmar, 2005: Zeiten der Nachhaltigkeit. Perspektiven für eine ökologische und geschlechtergerechte Zeitpolitik. Münster, im Erscheinen.

von Werlhof, Claudia/ Maria Mies et al., 1983: Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek.

Warren, Karen, 2000: Ecofeminist Philosophy: a western Perspective on what it is and why it matters. Studies in social, political, and legal Philosophy., Lanham, Md.

Warren, Karen /Nisvan Erkal, 1997: Ecofeminism: Women, Culture, Nature. Bloomington.

Warren, Karen /Barbara Wells-Howe, 1994: Ecological feminism. Environmental philosophies series, London/New York.

Weller, Ines, 1995: Forschungs- und Diskussionsstand zu Gender & Environment. In: Irmgard Schultz/ Ines Weller (Hg.): Gender & Environment: Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen. Frankfurt a.M., S. 20-43.

Weller, Ines, 2004: Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten. München.

Wichterich, Christa (Hg.), 1992: Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Köln.



11. Über die Autorin

Dagmar Vinz, Dipl. Pol.; Jg. 1970; war von 1998-2003 als wiss. Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut (FU Berlin) für das Themenfeld Globalisierung, Nachhaltigkeit und Gender verantwortlich. Sie promovierte am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften über sozial-ökologische Zeitforschung und -politik; 2004: Auszeichnung der Promotion mit dem 2. Kapp-Forschungspreis für ökologische Ökonomie. Zur Zeit arbeitet sie freiberuflich, u.a. an einem Literaturbericht über Privatisierung und Gender in westlichen Industrieländern für die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet). Andere Veröffentlichungen:

- Zeiten der Nachhaltigkeit. Perspektiven für eine ökologische und geschlechtergerechte Zeitpolitik, Westfälisches Dampfboot (im Erscheinen)
- Zeitpolitik und Ernährung. In: Zeitpolitisches Glossar, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung unter Mitarbeit von Martina Heitkötter und Manuel Schneider, www.bfpb.de, S. 32-33, 2004
- Importieren Länder der ‚Ersten Welt‘ Mutterliebe? Zur Entstehung globaler Betreuungsketten. In: ZAG Migration von Frauen, Heft 45, Oktober 2004, S. 19-21

Kontakt:

Dagmar Vinz
Antwerpener Str. 48
13353 Berlin
030-45307277
vinz@zedat.fu-berlin.de